

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bezweimal die Hälfte des Einzelpreises für den Monat, vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. bei Vorzahlung. Der Einzelpreis ist in den den Nachtrag des Postamtzeichens für 1919 eingerechnet.
Abnahme: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111,
Zeruprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Interate lesen die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 120 Ml. Wortzeilen. Das Setzdruckwerk 20 Pfl., jedes weitere Wort 25 Pfl. Druckaufschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsabonnements sind der Zahlung fähig. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Zeruprecher: Amt Norden 2893

STREIF

Int. Institut
Soz. Geschichtswiss.
Amptstbam

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Internationale gegen den Gewaltfrieden.

Proteste der französischen Sozialisten.

Die englischen Arbeiter gegen den Krieg im Osten. — Eine Konferenz in Ljern. — Untersuchung der Lage in Deutschland.

Paris, 30. Juni.

„Matin“ teilt mit, daß der Sozialistenbund des Seine-Departements, der Sonntag tagte, mit 6800 Stimmen bei zehn Stimmhaltungen eine Entschließung angenommen habe, in der erklärt wird, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen sollen.

Eine andere Entschließung erklärt, daß die sozialistischen Delegierten am 1. Juli nicht den Siegesfeiern beiwohnen sollen. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreich ein Trauertag. Den Sozialisten in den Behörden soll verboten werden, Karten für diesen Anlaß zu verteilen.

Eine dritte Entschließung verlangt den Ausschluß von etwa zwanzig Mitgliedern, die für den Anschluß an die dritte Internationale eingetreten sind.

„Matin“ stellt fest, daß die Bewegung der Sozialisten immer größere Kreise erhebe. Das Blatt hebt hervor, daß Douquet die Delegierten ermahnt, kaltes Blut zu bewahren. Er habe betont, daß der letzte Parteitag sich gegen die dritte Internationale ausgesprochen habe. Freffard teilte mit, daß der ständige Verwaltungsausschuß fest entschlossen sei, alle Mitglieder auszuscheiden, die sich der dritten Internationale angeschlossen haben.

Stockholm, 30. Juni.

Wie Branting aus Kopenhagen telegraphiert, hat der Kongress in Southport mit großer Mehrheit den ausführenden Ausschuß beauftragt, mit dem Parlament Ausschluß der Gewerkschaften über Maßnahmen zur Vermeidung des Krieges im Osten zu verhandeln, wobei man, falls nötig, auch zu industriellen Druckmitteln greifen will.

Nach der gleichen Quelle hat der Aktionsausschuß der Bremer Konferenz Vorbereitungen für eine Konferenz in Ljern getroffen. Nachmals wurden Vorschläge nach Moskau beantragt. Außerdem soll eine alliierte Sozialistenabordnung sofort nach Deutschland reisen um die Lage dort zu untersuchen.

Camille Huysmans gegen den Gewaltfrieden.

Amsterdam, 30. Juni.

„Times“ erzählt der belgische Arbeiterführer Camille Huysmans an der Arbeiterkonferenz in Southport, es werde keinen Frieden geben, solange Großbritannien das Recht habe, Kolonien zu besitzen, und andere Länder dieses Recht nicht hätten, solange die Polen Deutschlands das Recht hätten, sich an Polen anzuschließen, und die Deutschen Österreichs nicht an Deutschland anschließen dürften, solange eine solche Besetzung verbleibe. Erste Annexion bedeute, wie bei der Besetzung des Saarlandes, und solange man forciert, daß Deutschland bebaue, ohne daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werde.

Eindernung des französischen Nationalrats.

T. U. Basel, 30. Juni.

Die Humanität meldet, daß die ständige Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei den Nationalrat für den 12. und 14. Juli einberufen hat, um die Stellung der Partei zum Friedensvertrag festzulegen. Sie beschloß weiter, die permanente Kommission in Bern zu ersuchen, den internationalen Kongress noch vor dem 1. November einzuweisen.

Forderson über die Konferenz von Southport.

Amsterdam, 30. Juni.

Am Daily Herald schreibt der Sekretär der britischen Arbeiterpartei Arthur Forderson über die Aufgaben der in Southport tagenden Arbeiterkonferenz u. a.: Die Arbeiter sind mit dem Friedensvertrag nicht zufrieden, und ich erwarte zuversichtlich, daß die Konferenz die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland zum Anlaß für eine öffentliche Agitation für eine Neubewertung der Bedingungen nehmen wird, um sie in Einklang mit den Beschlüssen der beschie-

denen nationalen, Interkontinentalen und internationalen Arbeiterkonferenzen zu bringen. Die Arbeiter sollen den Oberbund für das geeignete Werkzeug hierzu. Es muß deshalb ein wirklicher Gerichtshof für internationale Entscheidungen und eine alle umfassende Liga der Völker werden, von der kein Volk ausgeschlossen wird, wenn es bereit ist, seinen Teil der Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Förderung demokratischer Einrichtungen in der ganzen Welt auf sich zu nehmen.

Das Ende des baltischen Abenteurers.

Kopenhagen, 30. Juni.

„Nationaltidende“ veröffentlicht ein Telegramm aus Kopenhagen, wonach lettische Truppen unter dem Kommando des Obersten Vallo Riga eingenommen haben. Es heißt, daß Vallo Truppen die Straße über die Düna besetzt haben und durch der deutsch-baltischen Landwehr den Rückzug abgeschnitten haben.

Dieser Meldung, die durch Nachrichten von anderer Seite bestätigt wird, gingen in den letzten Tagen Meldungen über eine große Niederlage der deutsch-baltischen Landwehr in Livland voraus. Laut Meldung des lettischen Pressbüros in Kopenhagen hat die Landwehr schon am 22. Juni eine heftige Niederlage erlitten und ist in panischer Hast auf Riga zurückgegangen. Der deutschen Presse wurden diese Nachrichten sorgfältig verschwiegen. Erst jetzt werden sie durch den Pressedienst der deutschen Gesandtschaft in Riga und den „Baltischen Pressedienst“ indirekt bestätigt. Aber auch diese Meldungen zeigen die Schwindelung der deutschen Öffentlichkeit unentwegt fort, indem sie von einem „Brudeckampf“ zwischen Letten und Esten sprechen. In Wirklichkeit vollzieht sich in den baltischen Provinzen der letzte Akt des Kriegsabenteurers der deutsch-baltischen Junker und der ihnen verbündeten reichsdeutschen Militärkommandos gegen das lettische Volk.

Die deutsch-baltische Landwehr ist nur dem Namen nach eine Truppe der lettischen Strohmännerregierung Needra (die übrigens gestürzt und durch die frühere Regierung Umanis ersetzt worden ist). In Wirklichkeit besteht sie aus einem überwiegenden Teil aus reichsdeutschen Truppenformationen, die noch immer unter dem Befehl des Gouverneurs von der Goltz stehen. Nach einer mehrwöchigen Schreckensherrschaft, auf die wir noch näher zurückzukommen werden, sind diese Truppen, die in unverantwortlicher Weise den deutsch-baltischen Großgrundbesitzern zur Verfügung gestellt wurden, der Uebermacht der Letten und Esten unterlegen. Das verbrecherische Abenteuer, vor dem wir forciert gewarnt, hat nun mit dem Zusammenbruch geendet. Hunderte von deutschen Soldaten sind dieser frevelhaften Politik geopfert worden; zahlreiche Opfer stehen noch bevor.

T. U. Stockholm, 30. Juni.

Das lettische Informationsbureau meldet aus Libau: Der englische General Gough macht bekannt, daß die Deutschen auf Befehl der Entente Libau geräumt hätten. Die frühere nationale lettische Regierung Umanis, die von der Entente unterstützt wird, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Ich verbleibe!

Berlin, 30. Juni. (Mittl.)

Besondere Vorstände veranlassen mich, im Einklang mit dem preussischen Handelsministerium, auf Grund des 1908 des Gesetzes über den Belagerungszustand, allen in den unter Belagerungszustand stehenden Gebieten gelegenen Waffen- und Munitionsfabriken, sowie Zwischengeschäften und Verkaufsstellen jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengmitteln zu untersagen. Zusammenfassungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe androhen. Ausnahmen unterliegen meiner besonderen Genehmigung. Ich mache die Polizeibehörden für die Ueberwachung und Durchführung des Verbots verantwortlich und weise insbesondere auf scharfe Kontrollen der Verkehrsmittel hin.

Der Oberbefehlshaber, gen. K. v. L.

Forddauer des Baumwollarbeiterstreiks in England.

T. U. London, 30. Juni.

Aus Manchester wird gemeldet, daß der Streik in der Baumwollindustrie fortdauere, da zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Einigung erzielt worden ist.

Dem Abgrund zu.

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Das Reichschatzamt hat uns endlich, endlich das neue Finanzprogramm beider. Ein vorläufiges natürlich, wie das so in die Kera von Finanzdilettanten hineingehört: ein ganzes Duffel von indirekten Steuern plus Reichserbschaftsteuer soll uns die gewaltige Mehreinnahme von 1200 Millionen Mark jährlich bringen. Ein Brüstel just vom Bedarf, aber was schadet's? Kommt Zeit, kommt Rat — in einem weiteren halben Jahr wird das Reichschatzamt sicher ausgeheckt haben, wie man eine weitere Milliarde aufbringt. Die große Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer ist nun auch da und soll 70 bis 90 Milliarden bringen. Außerdem schlägt das Reichschatzamt ganze zehn Milliarden an einmaliger Kriegsgewinn- und Vermögensabgabe vor.

Schade nur, daß hier die Rechnung ohne den Wirt gemacht ist (wie z. B. auch bereits bei der Vermögenssteuer), weil die Registrierung der mobilien Werte verabsäumt ist und auch heute noch verabsäumt wird, so daß der Rest der Gewinne der Kriegsgewinnler längst ins Ausland verkommen sein wird, wenn man ihnen an den Krügen wird wollen.

Der ungeheure Abfluß unserer Werte ins Ausland hat unsere Valuta, die bei Ausbruch des Waffenstillstandes auf rund 60 Proz. vom Pari stand, auf unter 30 Proz. gesenkt. Heute steht unsere Valuta wieder auf 32 Proz., ein Schweizer Franken kostet nur noch 250 Mark, eine Mark ist 40 Schweizer Centimes oder 32 alte Goldpfennige wert. Mit anderen Worten: der Staatsbankrott ist eigentlich schon da. Die Kriegsanleihe steht auf 75—76, sie war schon auf 73 herabgegangen.

Diese Tatsache könnte für einen wirklichen Finanzpolitiker die Schlüssel einer großzügigen Finanzsanierungspolitik abgeben. Man könnte sich sagen, daß die Rettung des Staates wichtiger ist als die Erhaltung des Vermögens der Vermögenden in alter Höhe, d. h. also, man könnte einfach zu allererst an eine Stabilisierung der Valuta herantreten, damit wilde Valutaspekulationen bei der bevorstehenden Warenaus- und -ausfuhr ausgeschlossen werden. Wird die Valuta auf, sagen wir rund ein Drittel = 33 1/3 Proz. herabgesetzt bzw. von Gesetzen wegen stabilisiert, also noch eine Kleinigkeit über den heutigen tatsächlichen Kurs, so ist damit mit einem Schlag unsere ganze ungeheure Kriegsschuld von rund 200 Milliarden Papiermark auf 66 2/3 Milliarden alte Goldmark verringert, deren Verzinsung zwar ebenfalls bei der verringerten Fläche und damit verringerten Einnahmen des Deutschen Reiches Schwierigkeiten bereiten würde, aber doch nicht mehr eine solche Unmöglichkeit darstellen würde, wie die Verzinsung von 200 Milliarden bei nicht stabilisierter Valuta. Bei der die Vermögenden erwarten, daß die Valuta abwärts, genau wie in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts in Amerika, allmählich wieder auf den alten Goldstandard gehoben wird. Technisch wäre natürlich die Stabilisierung so zu bewirken, daß im Inlande alle Zahlungen nach wie vor in Papiermark stattfinden und nur bei Berechnungen mit dem Auslande die Goldmark zum festen Kurs in die Erscheinung tritt.

Auch bei einer derartigen Gerahmung der Valuta, die uns große Ausfuhrmöglichkeiten gemäß leisten würde, da alsdann die gestiegenen Arbeitslöhne u. d. m. mit Weltmarktpreisen in Einklang stehen würden, wären die Inlandsteuern in derselben hohen Höhe aufzubringen. Alle schon eingeführten und die jetzt vorgeschlagene große Reichsvermögenssteuer werden zusammen genommen etwa 7—8 Milliarden Jahresbedarf decken, so daß noch etwa 6—7 Milliarden allein für den Mehrbedarf im Inlande (ohne die Kontribution an die Entente) anstehen. Um eine ganze Reihe von Staatsmonopolen kann man vernünftigerweise doch nicht herumkommen, da nur solche „Kunststücke“, d. h. eine beträchtliche Mehreinnahme bringen können gegenüber der heimlichen Vermögensvermehrung, wie sie bei dem gewöhnlichen Emporkommen der indirekten Steuern auf notwendige Gegenstände, wie Zucker, stattfindet.

Aber unser heutiges Reichschatzamt will von Monopolen nichts wissen, weil die Börsengewaltigen und der Sanabund sie verbieten — wobei sollen denn künftige Be-

reichertungsmöglichkeiten kommen, wenn der Staat die Ver-
reicherungsquellen verringert? Diese kurzfristigen Eiferer
für die Segenstaten der „freien Wirtschaft“ — eine Schande
zu sagen, daß sich ihnen auch Nationalökonomieprofessoren
angeheilt haben, können und wollen nicht leben, daß sie
Deutschland zu vollem Bankrott führen; sie bilden sich ein,
der durch die Kriegsjahre völlig ausgemergelte, blutarme
deutsche Arbeiter würde in stumpfem Gehorsam gegen seine
alten Dienstherrn und Gebieter nicht mehr und nicht weni-
ger als das Zweieinhalbfache bis Dreifache an
arbeitslosem Einkommen gegenüber der Vor-
kriegszeit für diese Gebieter erarbeiten! Dazu noch die ge-
waltigen Lasten für die Entente tragen!

Unser privates Volkvermögen, d. h. das „ererbende“
Vermögen der Vermögenden, zählte vor dem Kriege nach
der Reichssteuer knapp 200 Milliarden Mark, in der
Wirklichkeit sicher an 250 Milliarden, zu dessen Verzinsung
bei dem damaligen Zinsfuß von etwa 4 v. H. rund zehn
Milliarden Mark vom arbeitenden Volk jährlich aufzu-
bringen waren. Heute haben wir infolge der 200 Milliarden
Kriegsschuld und des ungeheuerlichen Hochganges der Land-
güter- und Warenpreise, trotz geleertem Warenhäuser ein
nominales Volkvermögen von über 500 Milliarden
Mark, zu dessen Verzinsung bei 5 v. H. heutigem Zinsfuß
rund 25 Milliarden jährlich aus der Haut des erwerbsfähigen
Volkes geschnitten werden müßten, dazu noch 4 Mil-
liarden Papiermark für die Kriegsbeschädigten und wohl
das Doppelte an die Entente! Wie soll diese ungeheuerliche
Belastung aufgebracht werden, wenn nicht trotz und neben
der Reichsvermögenssteuer eine „Sozialsteuer“, eine
Schuldabschüttelung durch Herabsetzung, bzw.
Stabilisierung der tatsächlichen heutigen Valuta eintritt?

Herr Schiffer ist gegangen, weil er zwar wußte, wie
hoch die Mehrbelastung, nicht aber wie Rat zu schaffen wäre.
Herr Dernburg wußte für den fehlenden Inlandbedarf
in Höhe von 7 Milliarden Mark; er machte die geniale Er-
findung der „zusätzlichen Arbeitsstunde“, die auf
nichts anderes als auf eine direkte Steuer von 300 M.
jährlich von jedem Arbeitenden herauskam, also eine ent-
sprechende Vertenerung aller Lebensbedürfnisse bedeutet
hätte. Er ist mit ihm seiner genialen Erfindung in die
Verzerrung verkommen, und Herr Erzberger hat das
minderwertige, von seinen Vorgängern gutgeheißene Fi-
nanzprogramm vom Stapel gelassen, weil er auch kein
besseres gewußt hat! Man hat das gemütliche, behagliche
Fortwursteln im allerhöchsten Bureaustatenschlamm, ab-
gewechselt durch ein bischen Theaterdonner, in dem die
heutige Nationalversammlung thronisiert, die „Operette
von Weimar“ genannt — heute, bei den heutigen Fi-
nanz- und Wirtschaftsmahnahmen, muß man schon fast von
einer Farlekinade reden. Fürwahr, es gibt kaum ein
Beispiel in der Weltgeschichte, daß von so kleinen Deuten
Weltgeschichte gemacht wird — Dreastiernas berühmter
Satz: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit
die Welt regiert wird“, erscheint überirumpft —, auch von
„ein wenig“ Weisheit kann schon keine Rede mehr sein.
Selbst das sehr zweifelhafte Wirtschaftsprogramm des
Herrn Wiffell, das ein Streikverbot enthält, also dem
deutschen Arbeiter die einzige Waffe, über die er im capi-
talistischen Wirtschaftssystem verfügt, nehmen will, ist den
Herren von Weimar zuviel, weil es die gebundene Plan-
wirtschaft vorzieht, also die ängstlichen Ausschreitungen des
wirtschaftlichen Robbertums beseitigen will. Fürwahr,
unser bürgerliche Herrengesellschaft gräbt sich mit ihm ihren
„sozialistischen“ Schleppträger von Weimar durch ihre
bodenlose Entschlossenheit und Unfähigkeit selbst das Grab.
Ihre einzige Weisheit ist das Niederhalten der Arbeiter um
jeden Preis, um den Preis von 1 1/2 Milliarden Mark monat-
lich, die uns unsere heutige „Reichswehr“, genau gesprochen:
Arbeitertruhwehr, kostet.

Wie lange kann diese haarsträubende Verköwenderwirt-
schaft fortgetrieben werden? Wird die Reichswehr von heute
800 000 oder 400 000 (die richtige Ziffer weiß vielleicht Herr
Koske, oder auch er nicht? Während des Krieges hat
Schreiber dieses die Erfahrung gemacht, daß die richtige
Ziffer unseres Heeresbestandes nicht einmal ein hoher Mil-
itärer wußte, den diese Ziffer anging), auf 200 000 oder
binnen Jahresfrist auf 100 000 herabgesetzt, so werden ja die
Ausgaben sinken. Aber auf wieviel, weiß wiederum kein
Mensch, solange die ungeheuerliche, völlig unverantwortliche
Scheimmisere in bezug auf unsere Heeresausgaben fort-
dauert. Wie ist es eigentlich menschenmög-
lich, so müssen wir unsere Finanzmachhaber fragen, daß
uns ein Soldat monatlich 2000 oder (falls
unser Heeresbestand nur 400 000 zählt), gar 4000 Mark
kostet, also der einzelne Mann 66 2/3, bzw.
133 1/3 Mark täglich? Wo bleibt das Geld?
Wie wird da eigentlich gewirtschaftet, bzw. „geast“ mit dem
Schweiß und Blut des deutschen Arbeiters? Heraus mit
den Rechnungen! Wie hat sich die bürgerliche Presse ent-
wickelt über einige Millionen, die die Arbeitertruhwehr
hatten! Dazu, daß heute ein jeder Soldat des Koske-
heeres jährlich ein Vermögen kostet, schweigt sie still.

Jedenfalls ist unsere heutige Finanzwirtschaft der
greulichste Unfug, den es in dieser Beziehung auf
dem ganzen Erdenrund gibt. Unsere bürgerlichen Verteidiger
der „freien Wirtschaft“ haben wahrlich keinen Grund,
sich über die bolschewistische Finanzwirtschaft zu entrüsten;
die Herren Schiffer-Dernburg-Erzberger steuerten und
steuern uns mit Loschheit dem völligen wirtschaftlichen
Zusammenbruch und Staatsbankrott zu.

Den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft kann nur der Sozialismus, nicht die
Pseudo-sozialisierungsentwürfe des Herrn
Wiffell bewirken!

Vor der Auflösung der Waffenausschuss-Kommission.

Berlin, 30. Juni.

Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Kom-
mission in Spa verläßt am 30. Juni abends die Stadt und
kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabteilung der Geschäfte
vor sich gehen soll. Nur Generalmajor Freiherr von Hammerstein,
der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt noch mit
einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spa zurück.
Der englische Vorsitzende General Dalrymple ist bereits von Spa
abgereist. General Aubert, der französische Vorsitzende, dürfte
am nächsten Tag am 30. Juni folgen.

Die vorläufige Weiterführung der sich bei der
bisherigen Tätigkeit der Waffenausschusskommission in Spa er-
gebenden Arbeiten werden die in Frankfurt a. M. und
Wiesbaden bestehenden deutschen und alliierten Unter-
kommissionen übernehmen.

Der Rat der Zehn.

Paris, 30. Juni. (Havas.)

„Le Temps“ wird der Rat der Zehn sich künftig wie folgt
zusammensetzen: Für Frankreich Pichon und Clemenceau,
für Amerika Lansing und Cberst House, für England Dal-
four, Lord Milner und Bonar Law, für Italien Tiloni und
wahrscheinlich Marconi, für Japan Makino und Chiada.

Unrichtige Behauptungen des Auswärtigen Amtes.

Der Verteidiger des Herrn Axelrod hat vom Auswärtigen
Amt ein Telegramm erhalten, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Anschluß an Telegramm vom 29. d. M. Nach ein-
gehender Prüfung der Angelegenheit muß, da Herrn Axelrod
Exterritorialitätsrechte nicht zuerkannt werden können, eine
Verordnung zu seinen Gunsten abgelehnt werden und die
Entscheidung ausschließlich dem Gericht überlassen bleiben.
Ueber die Frage einer etwaigen Vergütung im Falle seiner
Verurteilung hätte die Regierung des bayerischen Volkshauses
zu befinden.“

Dieser Standpunkt des Auswärtigen Amtes ist unhaltbar,
nachdem die offizielle „Deutsche Allgemeine Ztg.“ und auch das
„Wolff-Bureau“ zugegeben haben, daß Herr Axelrod im Besitz
einer Auswärtigkeit des Auswärtigen Amtes ist, die nur Per-
sonen diplomatischer Vertretungen angehängt werden. Wie
sollten noch mitteilen, daß diese Auswärtigkeit am 10. August
1918 ausgestellt wurde, daß sie die Nr. A. 922 trägt und von
Fischer, Geheimrat, unterzeichnet ist.

Diplomatische Vertreter aber genießen das Recht der
Exterritorialität, und da die amtlichen Stellen die diplomatische
Eigenschaft des Herrn Axelrod zugegeben haben, kann das Aus-
wärtige Amt keinesfalls seine Exterritorialitätsrechte bestreiten.
Es muß dabei berücksichtigt werden, daß auch die Revolutions-
regierung die diplomatischen Eigenschaften Axelrods ausdrücklich
anerkannt hat. Denn nach dem 9. November ist A. mit Genehmigung
der Regierung Ober-Haase-Scheidemann aus Kopenhagen
nach Berlin gekommen, und zwar auf Grund seines Diplomatien-
passes. Als Diplomat hat er im Dezember mit der deutschen
Regierung Verhandlungen geführt.

Das Auswärtige Amt ist also völlig im Unrecht und seine
unrichtigen Behauptungen sind geeignet, die durch Verhändlungen
der deutschen Regierung geschaffene Spannung zwischen Deutsch-
land und Sowjet-Rußland nur noch zu vergrößern und für die
in Rußland lebenden deutschen Bürger nachteilige Folgen her-
beizurufen.

Geld ist Geld.

„Wie werden wir wieder reich?“

Bei zahlreichen großen deutschen Firmen läuft seit folgendes
Schreiben ein:

G. Eberwein
Kontor und Lager: Lindenstr. 114
Fernsprecher: Amt Kochplatz Nr. 1448-50.

Berlin, den 19. Mai 1919.

Firma Berlin.

Betrifft: Arbeitsunlust und Streiks!

„Zweifellos hat auch Ihr Betrieb unter Arbeitsunlust und
Streiks zu leiden gehabt.“

Die beifolgende Broschüre: „Wie werden wir wieder
reich?“ soll den Arbeitern zeigen, daß die Arbeit die Quelle
des Reichtums für alle ist. Sie soll ihnen weiter klarmachen, daß
der durch die Streiks erkämpfte Lohn ein Scheinlohn ist, weil
dadurch die notwendigen Bedarfsartikel eine ständige Preis-
steigerung erfahren usw.

Sie haben sicher ein Interesse daran, daß diese Schrift unter
den Angestellten und Arbeitern Ihres Betriebes verbreitet wird.
Wenn Sie nicht selbst den Vertrieb einigen hierfür in Frage
kommenden Personen Ihres Betriebes übertragen wollen, so bin
ich gern bereit, mit diesen Persönlichkeiten in Verbindung zu
treten. Ich bitte Sie jedoch, mir geeignete Namen zu nennen.
Den Verkäufern könnte ich bei einer Abnahme von 100 Exem-
plaren an 25 Prozent auf den Verkaufspreis gewähren.

Ihrer geschätzten Rückäußerung sehe ich gern entgegen und
zeichne
hochachtungsvoll

Deutscher Schriften-Vertrieb.

Es ist natürlich nicht verwunderlich, daß es Leute und Verlage
gibt, die sich zur Aufgabe sehen, Literatur herauszubringen, mit
der sie auf die Arbeiter im Sinne des Unternehmertums einzu-
wirken versuchen. Nun wissen wir aber, daß vor kurzem von
Erich Ruttner, einem Reklamateur des „Vorwärts“, eine Bro-
schüre erschienen ist: „Wie werden wir wieder reich?“ Diese
Broschüre ist aber nicht im „Deutschen Schriftenvertrieb“, son-
dern im Verlag für Sozialwissenschaft“ herausgegeben,
der bekanntes Forum-Gründung, der in demselben Hause wohnt
wie der „Deutsche Schriftenvertrieb“. Es liegt also nahe, eine
Verbindung zwischen beiden Firmen zu vermuten. Tatsächlich ist
auch eine solche vorhanden; denn Herr Eberwein bearbeitet seinen
„Schriftenvertrieb“ in den Räumen und mit Angestellten des
„Verlages für Sozialwissenschaft“, er benutzt auch die gleichen
Telephonnnummern!

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß der Forum-Verlag sich
schämt, selbst diese Broschüre dem Großunternehmertum anzu-
bieten, und daß er einen nach außen hin unbedächtigen De-
namen benutzt, denn auf das Geschäft will er nicht verzichten.

Auf der einen Seite macht also Herr Forum sein Geschäft
mit Sozialismus, auf der andern mit Kapitalismus; er weiß das
eine für das andere nutzbar zu machen.

Etwas von der Preßfreiheit.

Die „Deutsche Zeitung“, das wüßteste alldeutsche Ge-
blatt, das wir in Deutschland haben, darf von Glück sprechen.
Schon mehrere Male ist sie verboten worden. Aber immer wieder
hat es nur ganz kurze Zeit gedauert, bis sie wieder erscheinen
durfte. Zuletzt wurde sie am vorigen Sonnabend wegen eines
Aufsatzes zur Mode verboten. Nur einen Tag lang hat das Ver-
bot gedauert. Am Montag ist das Blatt wieder herausgekommen.
Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, daß man die all-
deutsche Presse schimpflich läßt. Man rotet das Gift der capi-
talistischen Presse nicht dadurch aus, daß man sie gewaltsam unter-
drückt, sondern man muß ihren Wurzeln den kapitalistischen
Ruttenboden entziehen. Es gibt viel wirksamere Maßnahmen
gegen die bürgerliche Zeitungsfunde als solche Verbote. Wenn

aber schon die rechtssozialistischen Minister ohne Zeitungserbote
nicht auskommen können, so darf man an ihrem Gerechtigkeits-
gefühl wenigstens verlangen, daß sie nicht die eine Seite benach-
teiligen, die an deren bevorzugten.

Was aber reden wir von Gerechtigkeitsgefühl! Die
„Deutsche Zeitung“ durfte einen Tag lang nicht erscheinen.
Die „Republik“ ist schon länger als eine Woche verboten, ohne
daß die Regierung Wien macht, die ungleiche Zwangsmaßregel
gegen das Blatt rückgängig zu machen. Die „Freie Welt“,
die illustrierte Wochenzeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie,
bleibt weiter verboten, auf die Beschwerde des Verlags, die wir
gestern abgedruckt hat, ist nicht eine Silbe geantwortet wor-
den. Sollte durch dieses Verbot dem an vorigen Sonntag zum
erstenmal herausgekommenen Überbroschüre des „Vorwärts“ eine
Konkurrenz aus dem Wege geräumt werden?

Das ist Preßfreiheit im neuen Tschechien, das ist Preß-
freiheit unter einer Regierung, deren Rechtsstaat aus Rechtssozial-
listen besteht!

Die Verminderung des russischen Heeres.

Die Friedensbedingungen legen uns nach dem abgeänderten
endgültigen Text die Verpflichtung auf unser Heer binnen einem
Zeitraum von höchstens drei Monaten auf Infrastützen des Ver-
trages auf 200 000 Mann zu vermindern. Sodann wird
freit von drei zu drei Monaten eine Kommission militärischer Sach-
verständiger der Entente die weitere Reduzierung der Anzahl der
Deutschland zustehenden Truppen bestimmen, jedoch muß späte-
stens bis zum 30. März 1920 die Höchstzahl von 100 000
Mann erreicht sein.

Bereits bei dem ersten Bekanntwerden der Friedensbedingun-
gen, nach denen das deutsche Heer eigentlich sofort auf 100 000
Mann reduziert werden sollte, war es den maßgebenden Re-
gierungsstellen ein Gegenstand schwerer Sorge und langwieriger
Beratungen, wie die zu der uns auferlegten Herabminderung der
Truppenzahl erforderlichen ungeheuer zahlreichen Entlassungen
durchgeführt werden könnten, ohne daß schwere Unruhen unter den
Freiwilligen zu befürchten wären. An alle mögliche Weise wurde
denals der Reichswehrminister Koske den Truppen die bitere
Bille der bevorstehenden Kündigung überführen. Man erinnert
sich an den Ausruf im Anfang dieses Monats, in dem Koske die
Freiwilligen über ihre Zukunft zu beruhigen suchte, ihnen ver-
sprach, daß für sie in den Einsatzbetriebe Plätze zurückhalten wer-
den sollten, und daß sie auch in der internen Kolonisation in der
ersten Reihe neben den Kriegsbeschädigten bei der Ansiedlung Be-
rücksichtigung finden sollten.

Mit Recht besorgte man, daß es überaus schwierig sein
würde, die Entlassungen reibungslos durchzuführen. Und obwohl
die Deutschland erlaubte Höchstzahl an Truppen nunmehr von der
Entente allerdings verdoppelt ist, so befehen dieselben Schwierig-
keiten ganz zweifellos unvermindert ja, wenn man bedenkt, daß
die jetzige Anzahl der Freiwilligen etwa eine Million beträgt.

Es wäre hiernach zu erwarten gewesen, daß die Regierung
den vor einigen Tagen von vielen Zuppenverbänden gef-
hten Entschluß, daß sie wegen der Annahme des Friedensvertrages
ihre Dienstvertrag kündigen wollten, geradezu mit Erleichterung
begrüßt hätte. Einfacher hätte der Abten ja gar nicht gelöst
werden können, als daß eine große Anzahl Truppen freiwillig aus
dem Dienste schied. Doch gerade das Gegenteil trat ein. Koske
berief sogleich eine Konferenz der Generale, in der beschlossen
wurde, alle erdenklichen Maßregeln zu ergreifen, um der durch
die Kündigungen drohenden Verfallung der Reichswehr vor-
zubeugen.

Dienach erscheint die Vermutung ur allzu gerechtfertigt, daß
die Regierung die Bestimmungen des Friedensvertrages auf
irgend eine Weise zu umgehen sucht. Dies dürfte vornehmlich
auf die Weise geschehen, daß dem Entente-Kapitalismus mit drohen-
den neuen Kuständen in Deutschland gemacht wird. In
einem ganz offenbar denkbaren gefährlichen Verichte meldete schon
ein Berliner Blatt, daß man in Paris in der deutschen Regierung
verlangen wolle, mit aller Energie neue Putzversuche zu unter-
breiten.

An der Arbeiterschaft ist es dabei, der Menierung festlichen
Vorwurf zu nehen, den sie zu einer Forderung, a noch Ausrech-
terhaltung der bisherigen Truppenzahl verwenden könnte. Es liegt
im dringendsten Interesse der Arbeit in den nächsten Wochen
volle Disziplin zu wahren; wenn anders die Bestimmung des
Friedensvertrages noch Reduzierung der deutschen Truppenzahl
rethlos erfüllt werden soll.

Für die Unteroffiziere wird gefordert.

Berlin, 30. Juni.

Ein Vertreter des Reichsverbandes deutscher Unteroffiziere
wurde vom Reichsfinanzminister empfangen. In der
Unterredung kam zum Ausdruck, daß das Kabinett für die Ab-
findung der Unteroffiziere die infolge Verminderung
des Heeres zum Ausscheiden gezwungen sein werden, eintritten
werde und daß eine baldige gesetzliche Regelung der Angelegenheit
zu erwarten sei.

Staudgericht und Sigeldienst.

Das Staudgericht in Aischaffenburg beim dortigen Land-
gericht hat den Tagelöhner Wilhelm Hst, den Glasmacher Seuf-
fert und den Sergeanten Schauermon, sämtlich Mitglieder der
U. S. V., wegen Verhülfe zum Hochverrat zu je 1 1/2 Jahren
Zuchthaus verurteilt, weil sie zu Beginn des Monats April in
Bohr am Main mit Militärwald d. Räterepublik ausperufen
hatten. Ein vierter Angeklagter, der sich erkrankt war, hat sich
nach Wülfingen bei Pütschen, dessen Führer er war, in Menie-
rung als Sigel gegen die eigene Partei angeboten
und für seine Dienste 700 Mark erhalten.

Die Staatszuschüsse für den Wohnungsbau.

Aus dem Staatskommissariat für das Wohnungswesen wird
mitgeteilt:

Es ist eine selbstverständliche logische Forderung, daß die zu
ermäßigenden Baukostenübertretungszuschüsse
grundsätzlich für solche Wohnungsbau gewährt werden, die nach
den heutigen Anschauungen in technischer und gesundheitlicher Be-
ziehung als einwandfrei bezeichnet werden können. Die aus
öffentlichen Mitteln auszubehalten Zuschüsse sollen, indem sie vor-
nehmlich dem Altsbau zugewandt werden, in besonderem Maße
zur Förderung des Wohnungswesens nutzbar gemacht werden.
Unter Nachbaurer sind, wie ein Mitglied des Staatskommissars für
das Wohnungswesen, Dr. H. H. H. H., schreibt im allge-
meinen ist, Bauland in der Stadt, das nicht als zwei
Vollgeschosse ausgebaut werden kann, als zwei
Vollgeschosse können zwar nicht als zwei

beroen, wenn aber von der Wahrung von Wahlfreiheiten nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Dementsprechend Mittelhäuser herbeigeführt werden können, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

Reichskommissar Lettow-Vorbeck.

Wir sind wieder um einen Schritt weiter gekommen. Bisher wurden Reichssozialisten von der Gattung der Sinnig, Döring und Evering zu Reichskommissaren bestellt. Und wenn diese Herren es gleich ihrem Meister Noske an Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter nicht fehlen ließen, so waren es doch immerhin Zivilpersonen; der Schein war gewahrt, als ob das Militär nur das ausübende Organ in der Hand der Reinerungsvertreter sei. Jetzt aber fällt die letzte Maske. Zum Reichskommissar von Hamburg ist der Held von Ostafrika, im General v. Lettow-Vorbeck ernannt worden. Er wird am Dienstag in Hamburg einmarschieren und dort den militärischen und zivilen Oberbefehl ausüben. Im Keinen kann sich jetzt üben, was die Gegenrevolution später im großen ausführen will.

Inzwischen wird die Öffentlichkeit weiter über die wahren Verhältnisse in Hamburg irreführt. Einer der Führer der Hamburger Reichssozialisten, Herr Deuterich, hat in einer Werftarbeiterversammlung erzählt, daß die Süßholzangelegenheit nur ein Vorwand gewesen sei, um einen langgehegten Plan, der verfaßten Regierung den Fuß auf den Nacken zu setzen, zu verwirklichen. Es fehlt also nur noch, daß den Unabhängigen und den Kommunisten nachgelagt wird, sie hätten die Fabrikation der Süße selbst betrieben, um einen Anlaß zu Putschversuchen zu haben. Kein lächerlicher Gedanke, und man muß sich nur wundern, daß die Regierung nicht schon längst dahintergekommen ist, daß die Auswanderung der Konsumenten, die Schließungen mit Lebensmitteln, die Versteigerung eckhafter Erzeugnisse, die zur Erregung der Bevölkerung beigetragen haben, nur ein Werk der Unabhängigen und der Kommunisten sei. Sie sollte sich diesen Wind des Herrn Deuterich aus Hamburg nicht entgehen lassen.

Lettow-Vorbeck zum mindesten scheint schon nach diesem Rezept arbeiten zu wollen. Herr Deuterich hat nämlich weiter berichtet, der General habe ihm erklärt, die Regierung habe Beweise, daß in Hamburg nach einem bestimmten Plan unter einseitiger Leitung gearbeitet worden sei, um die Ernährungschwierigkeiten und die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten für politische Zwecke auszunutzen. Wenn man das heute bestritte, so tue man dies nur, weil die Sache zu früh losgegangen sei.

Auch Herr Noske ist nicht faul. Er hat am Sonntag den Herausgeber der „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ empfangen und sich mit ihm längere Zeit über seine Absichten mit Hamburg unterhalten. Er behauptete zunächst, daß die Hamburger Sicherheitswehr nichts leistete, daß ihr Dienst auf acht Stunden täglich beschränkt gewesen sei und in Verwendung bestanden habe. Sie habe nicht verhindert, daß zahlreiche Minderheiten im Hamburger Hafen vorgekommen seien. Arbeiter und Wachmannschaften hätten massenhaft Mischmilch getrunken. Wenn die deutsche Regierung die Befehung von Hamburg durch die Entente-Truppen verhindern wolle, müsse in Hamburg absolute Sicherheit geschaffen werden. Das werde geschehen. Herr Noske sprach sodann wörtlich:

Die Befehung Hamburgs durch Reichstruppen wird unter allen Umständen erfolgen. Als vor einigen Tagen ein Vertreter des hamburgischen Senates bei mir war, habe ich seinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß ich seine Abmachungen anerkenne, die sich der Senat etwa abpressen lassen müßte, so lange er keine genügenden Nachmittel hinter sich hätte. Lettow-Vorbeck wird Hamburg besetzen und dafür Sorge zu tragen haben, daß die Volkswehr in ihrer alten Zusammensetzung verschwindet, und daß sie durch eine viel kleinere und unbedingt zuverlässige Sicherheits-truppe ersetzt wird. Die Exzessanten, die in Hamburg einen riesigen Schaden angerichtet haben, müssen die verdiente Strafe erleiden.

Wenn wir nicht irren, ist Hamburg noch immer ein selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Herr Noske aber erkennt die hamburgischen Behörden nicht mehr an; er erklärt ihre Anordnungen für null und nichtig, sobald sie mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen. Der Humor von der Sache ist, daß der hamburgische Senat, den Herr Noske in dieser Weise rüffelt, in der Mehrheit aus Reichssozialisten besteht.

Hören wir, was ein bürgerliches Blatt über die Vorgänge in Hamburg berichtet. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ schreibt, daß der hamburgische Senat lediglich einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen hat, in dem er zur Ruhe und Besonnenheit mahnte, und dann um die Hilfe der Reichswehrtruppen in Berlin gebeten habe. Der Verleüerlatter fragt dann:

Was aber hat der Senat nicht getan? Er hat nicht der mit gutem Recht sein Einsprechen in der Heißigen Stanbalfäre fordernden, erregten, aber damals gewiß noch lenkbaren Volksmenge so rasch und so nachdrücklich wie möglich die beruhigende Versicherung gegeben, daß alles nur Erdentliche unverzüglich geschehen werde, um eine solche Gefährdung der Volksgesundheit ein für allemal ganz unmöglich zu machen, im Falle Heil und in allen anderen Fällen. Er hat nicht zur rechten Zeit der Staatsanwaltschaft Anweisung gegeben, gegen Wucherer, Schieber und Lebensmittel-fälscher gang rücksichtslos und unerbittlich nach jeder Möglichkeit mit der Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

Dies kommt also deutlich zum Ausdruck, daß es nicht irgendein Plan war, der die Unruhen in der Bevölkerung herbeigeführt hat, sondern daß ihnen lediglich die Untätigkeit der hamburgischen Behörden die Schuld trug.

In einem anderen bürgerlichen Blatte, der Berliner „Volkszeitung“, mahnt ein Hauptmann Willi Meyer die Regierung, endlich von der Gewaltpolitik zu lassen. Er schreibt dem Blatte, nach einer scharfen Kritik des Erlasses gegen die Streiks:

Der bisherige Weg der kurzfristigen, zweischneidigen Blut- und Eisenpolitik darf nicht weiter gegangen werden. Er führt ins namenlose Angliad. Gewiß darf ein für Ruhe, Ordnung und Sicherheit Verantwortlicher nicht vor seinen Zugriffen, vor dem Appell an die Waffen zurückstehen. Alles kommt auf den Geist und

Stimmstimm des Reiches, auf Art und Weise der Ausrüstung an. Wenn von der obersten Stelle in dieser Weise, wie hier, Gewalt verordnet wird, hat man dann ein Recht, sich über die entgegenstehenden Taten der ausführenden unteren Stellen zu wundern, die die Folgen sein werden, wie wir ja aus den Märztagen her wissen.

Mehr Schutzlosigkeit in der Verordnung der Antwendung blutiger Daseinsgewalt gegen die eigenen, von beinahe fünf Kriegsjahren seelisch, körperlich und wirtschaftlich gemürbten Volksgenossen ist dringender erwünscht! Mehr Psychologie, mehr Menschenliebe, mehr Proletariatsfreundlichkeit ist unerlässlich. Das läßt sich alles mit der unbedingt gebotenen Energie sehr wohl vereinigen. Der zu Kraft gespannte Vogel springt! Ob nicht die jetzige Methode ein Schrittmacher für den Bolschewismus ist? Wer ihn nicht will, muß gegen diese Methode Front machen. Nicht allein den Herrn Reichsminister trifft die Verantwortung für derartige gefährliche und schädliche Befehle, sondern vielleicht mehr noch denjenigen, der dem Befehlshäftigen solche Befehle ausbreitet und zur Unterschrift vorlegt.

Der Mahnruf wird ungehört verhallen. Auch an dieser Regierung wird sich das alte Wort erfüllen: Wen die Götter verderben wollen, den schlaßen sie mit Blindheit.

General v. Lettow-Vorbeck geht als Reichskommissar nach Hamburg. Die Arbeiterschaft aber wird sich auch hierdurch nicht provozieren lassen. Sie kann warten. Sie weiß, daß ihre Zeit kommen wird.

Neue Verhaftungen.

Am Montag mittag ist in der Alexandrinenstraße der Kommunist Herr Lutz von einem Offizier und einem Zivilisten verhaftet worden.

Die der Allgemeine Verband Deutscher Bankbeamten mitteilt, ist gestern nachmittag Herr Emonts im Bureau des Verbandes verhaftet worden.

Belagerungszustand und Unternehmerwillkür.

Der Belagerungszustand ist heute wieder verschärft worden. Die Polizeistunde wurde auf 10 1/2 Uhr festgesetzt. Um 11 1/2 Uhr müssen alle Straßen geräumt sein. In den Geschäften stellen die Unternehmer die Belagerungszustand vor die Entscheidung, sich entweder mit der Wiedereinführung der Arbeitsarbeit einverstanden zu erklären, oder die Einstellung von Teilen der Betriebe, Räumigungen und Lubnützungen hinzunehmen. Die Arbeiter der hiesigen Werke wollen neue Forderungen erzwingen. Diesmal soll nach Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse eine einmalige Teuerungszulage von je 1000 Mark verlangt werden.

Staatsangestelltenstreik in Breslau.

Ein neuer Streik ist gestern hier ausgebrochen. Es handelt sich darum, daß die niederen Lohnangestellten der Universtität, der Technischen Hochschule, der ihnen angegliederten Institute, der Regierung und des Oberpräsidiums den in Berlin abgeschlossenen Tarif nicht anerkennen. Der Schlichtungsausschuß in Breslau führt Einigungsverhandlungen.

Schwedische Erze für Deutschland.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Uleua wird die Erzabfuhr nach Deutschland in nächster Zeit wieder in großem Stil aufgenommen. Im Laufe der Woche werden 80 Erzdamper aus deutschen Häfen erwartet.

Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-österreichs.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-österreichs trat heute vormittag im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses zusammen. Der Vorsitzende, Friedrich Adler, richtete in seiner Eröffnungssrede Grüße an die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter aller Länder.

Er begrüßte sodann unter lebhaftem Beifall der Konferenz die Vertreter des Zentralrates der deutschen Arbeiterräte, Knoblauch und Schimmel. Knoblauch bedauerte, daß durch den in der Entente verkörperten internationalen Imperialismus der Zusammenfluß Deutsch-österreichs mit dem Deutschen Reich verhindert werde.

Friedrich Adler gab eine Darstellung der Entwicklung der Arbeiterräte in Deutsch-österreich. Er erinnerte an die Stellungnahme des Reichsvollzugsausschusses gegen das Verlangen, auch hier angesichts der Münchener Ereignisse zur Ausrückung der Diktatur zu schreiten. Unter Widerstand hatte den Erfolg, sagte Adler, daß wir nicht in die bedauerliche Niederlage des Münchener Proletariats hineingezogen wurden. Jede Niederlage des Proletariats in anderen Ländern und umgekehrt auch jeder Sieg muß seine Rückwirkung auf die unmittelbar angrenzenden Länder haben.

Bei Erörterung der Berichte der einzelnen Länder wurde der österreichische Delegierte, der scharfe Angriffe gegen die Kommunisten richtete, von diesen durch lebhaften Zwischenruf unterbrochen, bis die Kommunisten schließlich den Saal verließen.

Zur Frage der Einigung.

Die Parteileitung der U. S. V. D. hat sich mit den Verhandlungen des Einigungskongresses befaßt. Die Reichskonferenz der U. S. V. D., die am 22. und 23. Juni in Berlin tagte, hat den Standpunkt der Parteileitung der Partei gebilligt. Der Kongreß der Parteileitung für Einigung der Sozialdemokratie hat in seinem Verlauf völlig befähigt, was die Parteileitung der U. S. V. D. vorausgesetzt hat, daß dieser Weg vollständig ungeeignet ist, die Einigung des revolutionären Proletariats herbeizuführen. Nicht um Verwirklichung der sozialen Gegenstände kann es sich jetzt handeln, nicht um die Zusammenfassung von Arbeitern entzogengeleiteter politischer Grundanschauungen in einem organisatorischen Verband, sondern um die Revolutionierung der Köpfe und den

Zusammenfluß der revolutionären Arbeiter. Zu diesem Zweck gilt es, auch den letzten Arbeiter, der das Gewaltregime haßt und kein Leben dem Sozialismus weicht, in die Reihen der U. S. V. D. zu führen.

Die Arbeiterschaft und die Regierung.

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft fand sich gestern in 29 Versammlungen zusammen, um ihre Meinung über die gegenwärtige Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlungen waren überfüllt, viele Lokale konnten die Besucher nicht fassen. Die einzelnen Referenten schilderten die äußere und innere Lage und gaben unter stürmischer Zustimmung der Zuhörer das der Reaktion dienende Wirken der heutigen Regierung. Daß dabei die Kassekassen ganz besonders unter die Lupe genommen wurden, erklärt sich aus der Sachlage heraus. Es wurde aber auch überall betont, daß trotz aller berechtigten Empörung Einzelaktionen unsere Arbeit nur schwächen, Putsche schädlich wirken und unsere Arbeit sein müsse die Aufführung der Massen zum revolutionären Sozialismus, für den Rätegebanten. Nicht durch die bürgerliche Demokratie kommen wir zum Sozialismus, wie die Reichssozialisten sagen, sondern durch den Sozialismus zur wahren Demokratie. Keine Verzettlung der Aktionen, sondern planmäßige Arbeit bringe uns vorwärts. Dies sei zwar mühsam, aber noch immer habe Ausdauer und Zähigkeit zum Ziel geführt.

Der Beifall und die Zustimmung in den Versammlungen stehen keinen Zweifel darüber, wie die Arbeiterschaft von Groß-Berlin über die heutige Regierung denkt, die nur noch dauernd mit dem Belagerungszustand regieren kann und durch ihre Freiwilligenkorps die gegenrevolutionären Bestrebungen fördert. Das Urteil, das gestern über die heutige Regierung gefällt wurde, war ein vernichtendes. Nirgends fand sich ein Mensch, der die Regierung verteidigte. Es war ein Volksteil dieses Urteil über die Noske-Regierung.

Die Versammlungen im Süden und Südwesten waren glänzend besucht. In den beiden Lokalen in der Hasenheide sprachen die Genossen Haase und Adolf Hoffmann, im Deutschen Hof in der Ludowik Straße referierte Wegmann, während in der Dennewitzstraße im vollgepackten Saale des hiesigen Lokals Genosse Led die Taten der Regierung unter die kritische Lupe nahm. Die Versammlungen im reinen Arbeiterviertel im 4. und 6. Kreise waren wie immer überfüllt und in großer Eile. Auch die Versammlungen in den Vororten waren freudig voll, wie selten vorher.

In Lichtenberg führten die Arbeiter in vielen Massen zum Versammlungsort. Bald war der große Garten des Café Bellevue bis zum letzten Platz gefüllt. Stürmische Zustimmung fand die Mitteilung des Vorsitzenden Genossen Thurn zu Beginn der Versammlung, daß die soeben im gleichen Garten stattgefunden, riesig besuchte Eisenbahnerversammlung einstimmig beschloßen habe, im Streik zu verharren. Es referierte Genosse Ritter. Seine Ausführungen fanden reifliche Zustimmung. Es mögen etwa 4000 Personen daran teilgenommen haben, ein Beweis, daß sich nur wenige Knechtliche von der Ungunst der Bitterung zurückhalten ließen.

Schöneberg. Der Besuch der Versammlung war ein ungeheurer, im Hofe der Schule mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden, die von Tausenden besucht war. Die Stimmung war außerordentlich. Genosse Jusek sprach unter tosendem Beifall in beiden Versammlungen.

Reinickendorf-West. In einer gut besuchten Versammlung — über 1000 Personen — referierte Genosse Wittenberg dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Es wurde eine große Anzahl Neuaufnahmen für die Partei gemacht.

Unliebliche Zustände in den Militärgefängnissen.

Grauenregende Zustände herrschen im Militärgefängnis in Frankfurt a. O. (Gartenstraße). Das Gefängnis ist durchweg verstaubt, verlaust und verwanzt. Die Unreinlichkeit ist so groß, daß alle Inhafteten die Kräfte haben. Letztendlich wird an die Gefangenen nicht ausgehändigt, benutzen sie ihre eigene, so erhalten sie dieselbe nicht zurück. 80 Gefangene sind gezwungen, einen einzigen Abort (die anderen sind unbrauchbar) in einer Stunde zu benutzen. Bewegung auf dem Hofe gibt es überhaupt nicht. Huraren in Militärgefängnissen ist keine Keuschheit, aber hier sind die Zustände empörend. Die Gefangenen sollen täglich ein Liter Essen, meist Suppe, etwas Kaffee und 80 Gramm Brot erhalten. Die Prostration beträgt aber in Wirklichkeit oft nur 250 Gramm täglich, das nicht mehr geliefert wird. Beschwerden werden nicht berücksichtigt.

Anfolge dieser verachtbaren Zustände ist einer der Gefangenen, der noch dazu später freigesprochen wurde wahnhaftig geworden und mußte in die Irrenanstalt in Landberg a. W. übergeführt werden.

Echamungswürdige Zustände bestehen auch in der Rieles Arrestantenanstalt in der Feldstraße. Zum Waschen wird niemals Seife, sondern nur Sand gegeben. Innerhalb 3 Monaten konnten die Gefangenen ihr Unterzeug nicht wechseln, und da sie keine Seife bekamen, konnten sie es auch nicht waschen. In der ganzen Woche werden die Gefangenen nur eine halbe Stunde lang an die frische Luft geführt. Das unerbittliche an diesen Zuständen ist jedoch, daß diese Arrestanten, die nur für Arrestanten bestimmt ist, voll von Strafgefangenen ist, die zum Teil mehrjährige Gefängnisstrafen zu verbüßen haben.

Die Militärbehörden sehen all diesem Treiben untätig zu; für sie ist der gemeine Soldat heute noch genau eine solche Sache wie er es vor dem 9. November war.

Ein Protest.

Ins ging folgendes Telegramm aus Madrid zu: Die spanische Sektion der sozialistischen Internationale protestiert nachdrücklich gegen die Ermordung von Bauer und von Leviné. Sie spricht die Hoffnung aus, daß Toller im Namen des sozialistischen Ideals begnadigt werden wird.

Verwaltungskommission: Galefian, Präsident. Augustano, Sekretär.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. — Verlagsbuchhandlung „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Vindendruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 14.

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelm-Theater
Direktion: Gustav Friedrich
Chausseestraße 30.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Abendstück:
Das Dorf ohne Glocke

Volksbühne. Theater am
Hauptplatz.
7 1/2 Uhr Z.A.: Der halbe Hahn
Direktion
C. Heineke - H. Bernauer.
Theater 1. d.

Königgrätzer Straße
4 Uhr: Der Hühnerhans.
Komödienhaus
an der Marschallstraße.
Lina Ullrich u. Ludwig Hartel
8 Uhr: Die Welt von der Welt.

Berliner Theater
4 Uhr: Die tolle Komödie.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Auch ich war ein Jüngling...
(Schwank)

Kammerspiele
Abendstück 8 Uhr:
Leopoldine Kesselschläger in
Das Weib
und der Heimgarten.

Theater des Westens
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Mia Weibchen Hans W. Kammann in
Die Geisha.

Lesing-Theater
Sommeroperette
Leitung: Hans Slesinger.
Operette: Die Tauscher.
8 Uhr: Charles Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
Abendstück 8 Uhr:
Max Adalbert von Götz in:
Die Kutschbahn.

Rome-Theater
7 1/2 Uhr: Fremder.
8 Uhr: Die seltsame Zeit.
7 1/2 Uhr: Die Kutschbahn.
Das nicht sich jeder an.
Vorher Konzert
mit verschiedenen Spezialitäten.

Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Frau im Nebel.
Residenz-Theater.
Ubergangsbühne. Klosterstraße.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.
8 Uhr: Zum 170. Male:
Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
10. Friedrichstraße. Nr. 40/1, 120.
8 Uhr: Zum 214. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Wintergarten
Anfang 7 1/2 Uhr
Variévorstellung
Rauschen gestattet.

Elite-Sänger
Abendstück 7 1/2 Uhr
5 stimmige Männer
Seidel, Russell,
Horn, Reinhardt
etc.
Homer, Spielplan
Sommerpreis
5 Sings-Konzert.

Berliner Prater
Kastanienallee 7-9.
Täglich
12 Varié-Attraktionen
In der
Tanzhalle Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Ballschmieders
Varié-Garten
Täglich
Das neue Riesen-Sensations-Programm

Wolfsensoor
Sommer-Theater
Täglich
Das neue Riesen-Sensations-Programm

3 Reynolds Akrobaten
Lucie Bernhardt in dem
„O, diese Blauschoten“
10 ukrainische Tanzsterne
Wilde Windtänzer
Kretions Handpantomime
„Ein gestörtes Rendezvous“
Lore Zinsoldaten
Musikal. Schauspiel
Paul Bendix Komiker

5 Cz'kes Zigeunertruppe im Wald-
lager
2 Bernos Billard-Künstler
Ottkar u. Pariner Komische
Rekretierer
Erich Charion Tanzkomiker
Tilly Abbot Comp. Kom. Gym-
nastik-Act
Fred Edlawl Blüthenverwandlungs-
künstler in seiner
Blüthenverwandlungs-Szene

„Eine Minute zu spät“
Blüthenverwandlungs-
künstler in seiner
Blüthenverwandlungs-Szene

Einlaß wochent. 3 1/2 Uhr. Beginn des Konzerts wochent. 6 Uhr
Beginn des Variés wochent. 8 1/2 U.
Einlaß Sonntags 2 1/2 Uhr. Beginn des Konzerts Sonntags 5 Uhr
Beginn des Variés Sonntags 6 Uhr.

Wegen Vermietung des Gartens an Vereine wende man sich an
die Direktion.

Wallner-Theater
Wallner-Theater-Str. 35
Sommerdirektion: Ernst Rotmund
Dienstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Erstaufführung:
Das Gesetz
Sozialistische Trauödie v. Paul Bader
Stütze der Nationalesinnung.
In den Hauptrollen:
Hofa Caud, Alice Corn ng, Käse Strömmer,
Eugen K. Kasper, Julius C. Hermann, Rolf Berdm,
Paul Kammann, Arbetz, Döber, Hans Schürbark
Hof. King, Reger, Max Schöler.
Tägliche Wiederholung: 8 Uhr abends 7 1/2 U.
Abendstück: Die Waise. Die Waise. Die Waise.
Wiederholung: 8 Uhr abends 7 1/2 U.
auf zwei Tagen.

Kaffee Zielka
Etablisse
Friedrich-Straße 59/60
Ecke Leipziger Straße



Berenissime
Myronimus XVI
mit reitem Hof-
marschall Klemm
Die Natur- und
unterhaltender Komik
und die besten
Attraktionen
Billard-Wetspiele
Rondelle • 50 Billards

Gejchlossen
bleiben die Verkaufsräume wegen Inventar
Mittwoch u. Donnerstag
den 2. und 3. Juli cr.
Die Munitionelle im 2. Stockwerk für
getragene Kleidungsstücke ist weiterhin
von 9 bis 5 Uhr geöffnet
R + V + S
Kleiderverwertungs-Gesellschaft
Berlin, Kommandantenstraße 80-81

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Straße 117 (a. d. Ullrichstraße)
Haut- und Harnarzt
besondere fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und auf Wunsch gratis
Beratung (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren)
in den Sprechstunden von 11-2 mittags
10-12 abends, Sonntags 11-1 Uhr im ver-
schlossenen Brief Nr. 1231.

Ballschmieders
Varié-Garten
Täglich
Das neue Riesen-Sensations-Programm

Verschiedenes
Ehescheidungen (auch
im Arrondissements-, Strafsachen,
Allgemeines, Prozessführung,
Überall. Grundsatz. Verord-
nungen, Ermittelung, Diebstahl-
trefen, Rechtsschutz, Wahr-
heit, Direktor Mandus, Kott-
buser Damm 65 (an der Ullrich-
Weber-Kaiser-Friedrich-Str.),
Neanderstraße 7, Adalbert-
straße 2, Große Frankfurter
Straße 10, Neukölln, Eiser
Straße 10. (Auch Sonntags)
Niederst. v. Gortz, Doro-
theenstraße 11 (Gärtner Haus)
Beratung vor allem, auch un-
entgeltlich. Ehescheidungen,
Konten, Erbschaften, Grund-
stücke, Verträge, etc. Sonntags
7-9 Uhr abends. Ehescheidungen,
Konten, Erbschaften, Grund-
stücke, Verträge, etc. Sonntags
7-9 Uhr abends.

Rechts-Ankunf.
Invalidenstraße 124, Stra-
sachen, Ullrichs, Allmende-
Rechtsachen, Rechtschaffen,
Pensionsangelegenheiten.

Detektivbüro. Be-
schreibungen, Ermittlungen,
Ehescheidungen, Kreditan-
träge, billige, Adalbert-
straße 4

Rechts- und Anwaltsbüro.
Beratung vor allem, auch un-
entgeltlich. Ehescheidungen,
Konten, Erbschaften, Grund-
stücke, Verträge, etc. Sonntags
7-9 Uhr abends.

**Landlicher ehescheidungs-
Anwalt.** Ermittelung, Recht-
sachen, Erbschaften, Grund-
stücke, Verträge, etc. Sonntags
7-9 Uhr abends.

Plandscheine
Nichtbaltisch, auch Askat,
Mehlscheine, Meiner Str. 47.

Elektrische Anlagen.
Licht, Kraft, sofort abgemacht
E. Kottner, Frankfurter
Allee 70, Post 602

Allen Genossen u. Freunden
zur gel. Kenntnis, daß ich
das Lokal des Berliner Arbeiter-
Kongresses, Mühlentempel-
straße 21, übernommen habe.
Größe u. Ausstattung stehen
den wertigen Vereinen, sowie
den Genossen zur Verfügung.
Achtungsvoll
Max Wiegand

Arbeitslose, welche
genaus wie ein Mann schwache
Frau Frei zu vom 11. 5. 20
und Mütter. Jede schlag,
bitte kriegerischer vier Ebe-
mann an Adresse, Otto Seb. J.
Pflanz-Exen-Str. 10.

Konstanz.
Die Expedition befindet
sich jetzt Niederstr. 3. Ullrich-
straße 10. Papierhandlung
Die Expedition Fr. Z. Beiz.

Achtung!
Die Expedition
Rock, Bank u. arg.
ist zu SCHEER,
Blankenburg, Bahn-
hofstr. 24, verlegt.

Achtung!
Die Expedition von Trepow
ist verlegt von Plessner Str. 4
nach Plessner Str. 1, Laden.

Arbeitsmarkt
Botenfrauen
acht Speditions-Lorenz,
Charlottenburg, Wallstraße 78

Botenfrau
zum Austragen der Postzeit
ein Hackbarth, M. Charl-
ottenburger Str. 2.

Mehrere Boten
oder Botinnen
für das Austragen der Postzeit
in Potsdam sofort gesucht.
Spedition Denecke, Postamt,
Potsdam,
Kaiser-Wilhelm-Str. 35, II. 1

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Bartsch, Templerhof,
Werder-Str. 31.

Botenfrauen
sucht Vletz,
Raumerstr. 35.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Spedition Denecke
Wilhelmsd., Argentinstr. 20

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Frau Löhrig, Seemannstr. 23

Botenfrauen
zum Austragen der Postzeit
sucht Gieschner, Gieschner
Straße 97.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt.
Seid. Gön. Enzel
Lichtenberg, Holzstraße 23.
Intelligenter Tischler
für kleinere Haus- und Möbel
wird bei sehr hohem Stunden-
lohn gesucht. Wald, Kreuz-
straße 26.

Wanderverein. ausge-
gründet, sucht harschen und
Müde, möglichst Solider,
Pensionisten, Kameradstr. 25.

Wahlverein 4. Kreis U. S. P.
Dienstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr
in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 48
Versammlung
für die Stralauer, Petersburger und Landsberger Viertel
für folgende Abteilungen 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 37, 38 u. 39
Tagesordnung:
1. Bericht über das Expeditions- und Wahl zum Expeditions- 2. Verschiedenes,
Die sich gemeldet und vorgeschlagenen Kandidaten zum Expeditions sind hiermit eingeladen.
Mitaliedbuch legitimiert.
Die Viertelsleitungen.

Achtung! Elektro-Industrie!
Dienstag, den 1. Juli 1919, nachm. 3 Uhr
im Lokal des Herrenhauses.
Konferenz
der Arbeiter, Angestellten, Betriebsräte und
Gewerkschaften der Elektro-Industrie
Groß-Berlin
Tagesordnung:
1. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
2. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
3. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
4. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
5. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
6. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
7. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
8. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
9. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
10. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
11. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
12. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
13. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
14. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
15. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
16. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
17. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
18. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
19. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
20. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
21. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
22. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
23. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
24. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
25. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
26. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
27. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
28. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
29. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
30. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
31. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
32. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
33. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
34. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
35. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
36. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
37. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
38. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
39. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
40. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
41. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
42. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
43. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
44. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
45. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
46. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
47. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
48. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
49. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
50. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
51. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
52. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
53. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
54. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
55. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
56. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
57. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
58. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
59. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
60. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
61. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
62. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
63. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
64. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
65. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
66. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
67. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
68. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
69. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
70. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
71. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
72. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
73. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
74. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
75. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
76. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
77. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
78. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
79. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
80. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
81. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
82. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
83. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
84. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
85. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
86. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
87. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
88. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
89. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
90. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
91. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
92. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
93. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
94. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
95. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
96. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
97. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
98. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
99. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.
100. Bericht über die Arbeit der Elektro-Industrie.

Deffentliche Versammlung
Dienstag, den 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im
großen Saal der Zentralviehhof-Verein, Ede-
narer Straße 87.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
2. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
3. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
4. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
5. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
6. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
7. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
8. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
9. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
10. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
11. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
12. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
13. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
14. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
15. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
16. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
17. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
18. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
19. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
20. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
21. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
22. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
23. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
24. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
25. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
26. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
27. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
28. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
29. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
30. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
31. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
32. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
33. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
34. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
35. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
36. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
37. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
38. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
39. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
40. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
41. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
42. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
43. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
44. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
45. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
46. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
47. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
48. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
49. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
50. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
51. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
52. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
53. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
54. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
55. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
56. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
57. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
58. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
59. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
60. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
61. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
62. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
63. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
64. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
65. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
66. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
67. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
68. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
69. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
70. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
71. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
72. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
73. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
74. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
75. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
76. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
77. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
78. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
79. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
80. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
81. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
82. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
83. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
84. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
85. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
86. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
87. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
88. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
89. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
90. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
91. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
92. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
93. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
94. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
95. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
96. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
97. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
98. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
99. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
100. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.

Deffentliche Versammlung
Dienstag, den 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im
großen Saal der Zentralviehhof-Verein, Ede-
narer Straße 87.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
2. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
3. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
4. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
5. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
6. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
7. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
8. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
9. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
10. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
11. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
12. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
13. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
14. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
15. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
16. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
17. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
18. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
19. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
20. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
21. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
22. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
23. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
24. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
25. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
26. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
27. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
28. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
29. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
30. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
31. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
32. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
33. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
34. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
35. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
36. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
37. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
38. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
39. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
40. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
41. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
42. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
43. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
44. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
45. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
46. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
47. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
48. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
49. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
50. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
51. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
52. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
53. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
54. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
55. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
56. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
57. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
58. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
59. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
60. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
61. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
62. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
63. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
64. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
65. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
66. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
67. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
68. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
69. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
70. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
71. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
72. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
73. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
74. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
75. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
76. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
77. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
78. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
79. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
80. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
81. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
82. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
83. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
84. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
85. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
86. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
87. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
88. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
89. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
90. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
91. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
92. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
93. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
94. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
95. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
96. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
97. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
98. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
99. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
100. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.

Deffentliche Versammlung
Dienstag, den 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im
großen Saal der Zentralviehhof-Verein, Ede-
narer Straße 87.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
2. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
3. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
4. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
5. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
6. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
7. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
8. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
9. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
10. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
11. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
12. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
13. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
14. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
15. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
16. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
17. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
18. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
19. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
20. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
21. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
22. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
23. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
24. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
25. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
26. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
27. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
28. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
29. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
30. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
31. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
32. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
33. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
34. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
35. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
36. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
37. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
38. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
39. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
40. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
41. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
42. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
43. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
44. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
45. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
46. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
47. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
48. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provinz.
49. Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie
in der Provin

Der Berliner Verkehrsstreik.

Fortdauer des Eisenbahnstreiks.

Entgegen allen anderlautenden Meldungen erfahren wir von der Streikleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, daß der Streik in voller Schärfe fortbesteht. Wo infolge der letzten Verträge die Arbeiter und Beamten an die Arbeit gegangen sind, erklärten sie sich wieder solidarisch mit den Streikenden der übrigen Betriebe. Auch der Allgemeine Eisenbahner-Verband erklärte sich vollkommen solidarisch bis zur Erfüllung der Forderungen. Jede Meldung über Beilegung oder Abheben des Streiks ist völlig unwahr und irreführend.

Die Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes stellten sich in einer gestern vormittag abgehaltenen Sitzung auf den Standpunkt, solange ein Streik zu bestehen, bis die Forderungen erfüllt sind. Es wird an den drei Hauptforderungen festgehalten: 1. Einmalige Zahlung von 800 Mark für Beamte und 600 Mark für Arbeiter sowie Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Mark; 2. sofortige Entlohnung aller aus Kasse des Streiks verhafteten Kollegen; 3. die Demokratisierung der Betriebe im Sinne der Jenner Richtlinien.

In einer Versammlung der streikenden Eisenbahner von Stralau-Mummelsburg-Lichtenberg, die gestern nachmittag im Garten des Café Bellevue stattfand und von ungefähr 5000 Personen besucht war, wurde von verschiedenen Funktionären Bericht über die Streiklage gegeben. Scharf wurde das durchsichtige Manöver der Tagespresse gebührend, das darauf hinausläuft, die Gemeinsamkeit der Aktion zu durchkreuzen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die „Freiheit“ bereits in ihrer Abendausgabe den wirklichen Sachverhalt an hervorragender Stelle brachte. Ebenso wurde mit lebhaftem Beifall die Bundesgenossenschaft der Straßenbahner und Hochbahner begrüßt. Man sprach sich auch sehr kurz gegen die Beförderung der Lebensmitteltransporte aus, da dies nur wieder zur Zersplitterung der Bewegung führe. Man machte geltend, daß den maßgebenden Behörden Zeit genug gelassen worden sei, den Forderungen entgegenzukommen. Solange der Stadtbahnverkehr noch gehe, habe man auch keine Veranlassung, die Lebensmitteltransporte zu beschleunigen. Ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes sprach den streikenden Eisenbahner die höchste Sympathie der Groß-Berliner Metallarbeiter aus. Es wurde dann noch Mitteilung gemacht, daß die Kollegen Fromann, Schombach, Meyer und Weige Sonntag vormittag aus der Haft entlassen worden seien, während Anebel und Mies noch festgehalten würden. Mit großer Enttäuschung wurde von der Versammlung die Annahme zurückgewiesen, daß Anebel freigelassen werden solle, wenn die Arbeiter Dienstag früh die Arbeit wieder aufnehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von ca. 5000 Eisenbahnern besuchte Betriebsversammlung im Café Bellevue, Mummelsburg, erhebt klammernd Protest gegen die willkürliche Verhaftung des Kollegen Anebel. Sie verlangen mit aller Schärfe dessen Entlassung, da gegen den Kollegen auch nicht der kleinste Schein einer Ungeheilichkeit vorgebracht werden kann. Die Verhaftung fordert weiter die sofortige Entlassung aller anlässlich des Post-Erlasses verhafteten Kollegen.“

Im Streik waren gestern nachmittag: Berlin I, II, III, Pantow, Tempelhofer, Tempelhofer, Charlottenburger, Grunewald, Grunewald-Brandenburger, Halensee, Götlicher Bahnhof, Potsdam. Auch auf allen übrigen Bahnhöfen macht sich der Streik stark bemerkbar.

In einer im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße, gestern nachmittag 3 Uhr stattgefundenen Eisenbahner-Versammlung, die von ungefähr 600 Eisenbahnern besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Kollegen vom Götlicher Bahnhof erklären sich mit den im Ausland bestehenden Kollegen solidarisch. Sie beharren auf ihrer Forderung fester als zuvor und sind nicht durch die Tagespresse zu beeinflussen lassen.“

Systematische Verh.

Für die Forderungen der streikenden Eisenbahner hat die gesamte bürgerliche Presse kein Verständnis. Die soziale Lage geht ungeändert weiter. Auch der „Vormarsch“ hat sich bisher in der angekündigten Weise daran beteiligt. Jetzt kommen auch die so-called „Politisch-Parlamentarischen Radikalen“ des Reichstages als Richter und Schlichter gegen die streikenden Eisenbahner den Mannsch. Herr Reichsrichter ist anscheinend mit der Aufhebung des Post-Erlasses, der soviel böses Blut angeht hat, nicht zufrieden. Er schreibt:

„Trotz der Aufhebung aller Organisationsfehler, nach Aufhebung des Streikverbotes für die Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, damit die Arbeitsniederlegung an und wilde Streikposten halten die Leute, die zur Arbeit kommen, von der Aufnahme der Tätigkeit ab. Höchlichst ist mancherorts von den Streikenden erklärt worden, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl von Frauen und Kindern verhungere. Die allgemeinen Interessen werden in feindlicher Weise vollständig von diesen wilden Streikern außer acht gelassen. Es wird also die Pflicht der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unablässig alles Unheil von der Berliner Bevölkerung abgewendet wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Verdonnerung sind, ist angeordnet worden, daß jedem Versuch, den Eisenbahnverkehr weiter zu unterbinden und durch Terrorismus die Arbeitsaufnahme zu verhindern, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten ist.“

In dieser schönen Kundmachung haben die Scham-moderatoren geschrieben. Doch sich heute ein Reichsrichter als dergleichen Erlauben kann, beweist, wie weit sich diese Herren von der Gedankenwelt der Arbeiterklasse entfernt haben. Herr Reichsrichter verbreitet zugleich noch die Nachricht, daß auf dem Lichtenberger Versammlungsorte eine größere Anzahl Schlichter erteilt werden. Auch daran sollten die streikenden Eisenbahner denken. Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß ein Verbrechen und verlogene Berichte schafft man die Ursache der Unzufriedenheit nicht aus der Welt. Man steigert vielmehr unüberwiegend die Erbitterung.

Statt den starken Mann zu spielen, läte die Regierung gut, den Geist der Verböhnung anzuwenden und den Streitenden ent-

gegen zu kommen, so weit dies bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen möglich ist. Ein glattes Nein kann unmöglich auf die Dauer Ruhe und Ordnung verbürgen.

Winkt und kein Ende.

Obwohl am Sonntag abend amtlich angekündigt wurde, daß der Post-Erlass aufgehoben worden sei, haben sich gestern vormittag Regierungstruppen unter Führung eines Offiziers am Bahnhof Eichkamp einen neuen Eingriff in das Koalitionsrecht der Eisenbahner erlaubt. Sie haben dort einen Arbeiter, den ein höherer Eisenbahnbeamter als Streikführer bezeichnet, verhaftet. Als ein Arbeiterratmitglied dagegen Einspruch erhob, wurde dieses gleichfalls verhaftet. Ein 50 Arbeiter wurden von den Regierungstruppen umringt und es wurde ihnen gebot: Entweder ihr arbeitet oder wir verhaften euch! Durch die Drohung eingeschüchert und um nicht ins Gefängnis zu marschieren, besaßen sich diese Leute zur Arbeit. Wegen dieser willkürliche Aufhebung des gesetzlich festgelegten Koalitionsrechtes muß der schärfste Protest erhoben werden.

Weiter wird uns noch mitgeteilt, daß am Sonntag früh der Eisenbahner K. in Neukölln aus dem Bette geholt und nach dem Schloß gebracht wurde. Dort mußte er ein Schriftstück unterschreiben, daß er bereit sei, zu arbeiten. Wenn nicht, sollte er nach Moabit gebracht werden. Er zog unter dem Zwang der Verhältnisse die Arbeit dem Gefängnis vor und wurde hierauf mit noch zwei anderen Leidensgefährten unter harter Bewachung zu seiner Arbeitsstelle gebracht. Wie haben bereits über einen ähnlichen Fall berichtet, haben ihn aber für bereinigt gehalten. Nunmehr stellt sich heraus, daß dieses System der Wiedereinführung der Sklaverei ganz allgemein gehandhabt wird.

Zu dem Winktrakt auf dem Bahnhof Eichkamp wird uns noch mitgeteilt, daß die verhafteten Kollegen Preul und Gröbel auf energische Einsprüche des Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnerverbandes wieder freigelassen worden sind. Den An-lah zu der Verhaftung hat der Regierungsbeamter Kühne gegeben.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin wird von heute früh ab im Reich des allgemeinen Verkehrsstreiks stehen. Bei der geheimen Abstimmung unter den Angehörigen der Groß-Berliner Straßenbahn, der städtischen Straßenbahnen, der Berliner O-Bahnen und der Hoch- und Untergrundbahnen wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten. Von 17 478 Stimmberechtigten stimmten 14 785 für den Streik, 770 dagegen, während sich 1929 der Stimme enthielten.

Damit ist der Streik für die Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn endgültig beschlossen. Die Omnibusange-schäfte haben sich an der Abstimmung noch nicht beteiligt. Sie wollen erst das Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen der Direktion und den Angestellten schwelen, abwarten. Die Generalstreikleitung trägt die Erwartung aus, daß die Omnibus-angestellten einwillen nicht als Streikbrecher angesehen werden. Das Abstimmungsergebnis bei den übrigen Verkehrsmitteln ist den Direktionen mitzuteil worden. Die Angestellten haben ausdrücklich bemerkt, daß sie zu jeder Stunde bereit sind, in Verhandlungen einzutreten. Sie legen den davorstehenden Ver-wahrung dagegen ein, daß ihr Streik politischen Motiven entspringt. Ihre Forderungen sind rein wirtschaftlicher Natur. Sie verlangen die Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbefreiung in Höhe von 700 Mark und Regelung der Urlaubstrage. Notstandarbeiten sollen während des Streiks unter allen Um-ständen ausgeführt werden.

Der Streik wird den Berliner Verkehr in der schwersten Weise treffen. Es ist zu erwarten, daß die maßgebenden Stellen ihre ablehnende Haltung aufgeben und zu einer Verständigung mit dem Groß-Berliner Verkehrspersonal kommen. Ohne Zweifel wird wieder eine große Anzahl wilder Verkehrsmittel in Tätigkeit treten, durch die der Wirkung des Gesamistreiks ein gewisser Abbruch getan wird. Vor allem wird durch diese wilden Verkehrsmittel wieder eine Bewunderung des Publikums ein-setzen. Hoffentlich vermag die Polizei diesem Treiben Einhalt zu bieten.

Wie wir hören, wird der Zweverband Groß-Berlin sich bereits im Laufe des heutigen Tages mit der Streikleitung in Verbindung setzen, um Verhandlungen anzubahnen. Auch der Ver-der Völgelger hat seine Vermittlung angeboten.

Die Politik der Generalkommission.

Die Generalkommission der Gewerkschaften wird in Nürnberg ihre Kriegs- und Revolutionspolitik vor dem deutschen Proletariat zu verteidigen haben. Darum trifft es sich gut, daß rechtzeitig zum Gewerkschaftskongress eine Schrift erscheint, die sich die Auf-gabe stellt, die Politik der Regien, Bauer und Genossen eingehend zu untersuchen und auf ihre letzten, in den Lebensbedingungen der Gewerkschaften im Klassenkampf wurzelnden Ursachen zurück-zuführen.

In einer Broschüre „Die Politik der Generalkommission“ (Verlag der Leipziger Buchdruckerei, N. O. 72 Seiten, 1,25 M.) schildert Hermann Liebmann die Ent-wicklung der Politik und des Einflusses der Generalkommission. Die Anfänge dieser mächtigen Arbeitskraft gehören fast schon der Geschichte an. Liebmann versteht es aber nachzuweisen, daß bereits die ersten Regungen dieser höchsten Gewerkschaftsinstanz Schritte auf einem Wege waren, der mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften sein heiß erstrebtestes Ziel erreicht zu haben glaubte. Was schon im Dunkel der Vergangenheit zu verjüngen und damit dem Verständnis der Gegenwart entgegen zu werden drohte, bringt Liebmann durch seine tiefgründige Untersuchung wieder in lebendige Verbindung mit dem Geschehen der neueren Zeit. Er zeigt es ab, die Erscheinungen der Gewerkschaftspolitik abzulösen mit dem Schlagwort vom „Vertrauen an den Arbeiter-interessen“ und damit auf eine Erklärung für diese Erscheinungen zu verzichten, sondern er folgt nach ihren Gründen und findet sie in den Hemmnissen, die die wachsende Macht der Unternehmervverbände und Kartelle und ihr steigender Einfluß auf die Staatsgewalt dem gewerkschaftlichen Kampfe entgegensetzten. Es ist vielleicht ein

Mangel der Beweisführung Liebmanns, daß er vorwiegend die von außen kommenden Einwirkungen zur Erklärung für die tatsächlichen Verirrungen der Gewerkschaften heranzieht und es unterläßt, die aus dem inneren Wesen der Bewegung und der Beschränkung des gewerkschaftlichen Denkens auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung erwachsenden geistigen Strömungen näher zu untersuchen und neben den äußeren Einflüssen zur Beweisführung zu benutzen. Wichtig ist jedoch das Endergebnis seiner Untersuchungen, nach dem die Sucht nach sofort fühlbarem Erfolg die Gewerkschaftskongresse benag, den Boden der Klassenkampfpolitik zu verlassen und durch parlamentarische Praktiken mit der Bourgeoisie die gewünschten Erfolge mit Hilfe einer lediglich auf so-zialen Reformen zielenden Arbeiterpolitik zu erschleichen. Liebmann kennzeichnet mit Recht diese Tendenzen und ihren stärksten Einfluß auf die demokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion als die wichtigste Ursache für den schmählichen Zusammenbruch im August 1910.

Die kleine Schrift ist eine reiche Fundstätte von sachlichen und gedankenvollen Argumenten für jeden Gegner der Sozialdemokratie. Die Genossen, die in den Gewerkschaften in Opposition zu den Führern stehen, sollten sich Liebmanns Beweisführung, die das Uebel an der Wurzel packt, zu eigen machen. Sie verhalten damit, daß der Kampf um die Revolutionierung der Organisationen hinabstinkt auf das Niveau kleinen Gewinns um Nebenbedinge.

Zehnter Gewerkschaftskongress.

Nürnberg, 30. Juni.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wurde heute früh im Saalbau der Jehme deutsche Gewerkschaftskongress durch den Vorsitzenden der Generalkommission Karl Regien eröffnet. Der Kongress ist durch 10 Verbände mit 864 Delegierten besetzt, die 476 500 Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten.

Sehr zahlreich sind auch Gäste aus dem Ausland anwesend. Die Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften ist vertreten durch Hermann Lindquist und Söderberg-Göteborg, der dänische Gewerkschaftsbund durch Radßen, die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften durch Karoos-Christiansen, der niederländische Gewerkschaftsbund durch Ruy-ler-Amsterdam, der schweizerische Gewerkschaftsbund durch Dürr und Hühner. Ferner ist anwesend Grenlich aus Zürich. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist vertreten durch Heber, Huppert und Grünwald-Wien. Ferner sind vertreten das bayerische Beamtenkartell, der Deutsche Beamtenbund, die bayerische Beamtenvereinschaft, die Gesellschaft für soziale Reform, die deutschen Konsumvereine, ebenso der Zentralausschuß der Arbeitergemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter.

Regien eröffnet die Versammlung mit dem Hinweis, daß der Kongress in der schwedischen Zeit stünde, die je die deutsche Arbeiterbewegung zu durchleben hatte. Er denkt der Opfer des Krieges und sieht die Hoffnung aus, daß diese Opfer umsofort gebührend seien. Die Hoffnung auf einen Frieden der Verständigung, auf eine Verständigung der Völker ist nicht erreicht worden. Statt der Verständigung haben wir einen Frieden der Gewalt erhalten. Dieser birgt eine Quelle neuen Hasses in sich. Wie haben die Hoffnung, daß internationale Verhandlungen diese unheilvolle Ta. des Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus nicht zur Entfaltung bringen wird. Die Revolution hat bei uns die Entwicklung freigegeben. Diese Entwicklung wird aber gehemmt durch den Frieden der Gewalt. Das Friedensverbot erschwert, ja macht es uns fast unmöglich, die Umgestaltung der Dinge durchzuführen. Am härtesten leidet darunter die Arbeiterklasse. Sie wird aber auch die erste sein, die uns hinausführt aus diesen Verhältnissen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterbewegung einig ist. (Stürmischer Beifall) Die Hoffnung, daß Einigkeit herbeiführt werde, wird keine vergebliche sein. (Erneuter lebhafter Beifall) Die Re-gierung hat seit 1905 zu unseren Kongressen nicht mehr eingeladen, nachdem sie uns beim Deutscher Arbeiterkongress 1904 sagen ließ, daß sie keine Zeit habe. Heute ist eine solche Antwort nicht zu bestreiten. Wer heute haben wir auch nicht nötig, Regierungsmittel einzuladen, denn Vertreter unserer Organisationsstellen sitzen heute in wichtigen Regierungstellen.

Regien begrüßt Regien die ausländischen Gäste, die heute während des Krieges zur Internationalen gehalten haben. Die Gäste werden sehen, daß wir uns heute nicht mehr rufen zum Kampfe für weltliche Arbeiterforderungen, sondern daß es jetzt gilt, die höchste Art zu finden, alle Arbeiterforderungen durchzuführen, zur Erreichung des Sozialismus. Daß es da Re-nunzierungen geben werden, ist selbstverständlich.

Es folgt dann eine Begrüßung des Kongresses durch Pauli-Nürnberg namens der bayerischen Regierung begrüßt den Kongress Gast seiner. Nach einer weiteren Begrüßung durch einen Vertreter der Stadt Nürnberg wurde zur Wahl des Bureau's geschritten, wobei sich die Opposition stark bemerkbar machte. Schumacher-Berlin stellt den Antrag, in das Bureau ein Mitglied der Opposition zu wählen, die grundsätzlich mit der Generalkommission nicht einverstanden sei. Er schlägt hierfür zunächst Richard Müller vor, sieht diesen Antrag aber dann zurück und ernennt Simon-Nürnberg. Von der anderen Seite werden vorgeschlagen zu Vorsitzenden Regien, Leisner, Vorsitzender des Salzarbeiterverbandes, und Reichel-Flutgers vom Reichsarbeiterverband. Bei der Wahl werden diese drei gewählt und Simon abgelehnt, für den nur eine geringe Stimmenzahl abgeben wird.

Daran wird von der Opposition der Antrag gestellt, nunmehr grundsätzlich vor der Annahme der Sachführerwahl festzusetzen, ob die Opposition im Bureau vertreten sein soll. Der Vorsitzende Regien bemerkt zu dem Antrag: Woher war es auf dem Gewerkschaftskongress üblich, daß es nur Delegierte mit kleinen Stimmen habe. Wenn jetzt von einer Opposition ge-redet wird, so muß sich in hier eine Sonderorganisation gebildet haben. (Beifall: Chol-Wroter Nürnberg) Die Einheitslichkeit der Stimmen beweist die Minderheit dieser Auffassung. Es scheint danach also hier schon eine Sonderorganisation geschaffen zu sein. (Erneute Zwischenruf: Unrecht! Freiheit! Ihr habt wohl keine Grundbeschlüsse zu treffen, sondern nur ein Bureau zusammenzusetzen, das aus Delegierten besteht, die für dieses Amt am geringsten erscheinen. (Erneuter Beifall: Ruf: Nach Bureau Wölschlag!)

Der Kongress beschließt darauf grundsätzlich, diese Frage zur Erörterung zu stellen; und es beginnt darüber eine längere Verhandlungsdebatte.

Van-ge-Predder: Wir wollen die schon lange bestehenden Gewerkschaften an den Arbeitervereinigungen und den Ver-bänden des Ratesystems offenlegen. Wir bitten darum, und auch im Bureau einige Sitze zu bewilligen.

Schubel-Berlin: Die Opposition hat am Sonnabend eine Art Vorstand gewählt. Das ist ein unerhörtes Fall in der Gewerkschaftsbewegung (Leb-, Hör-, und Beifall) Wir haben keine Veranlassung, ihnen für Ihre besondere Tätigkeit die Elektrizität zu halten. (Beif. bei der Rede)

Schumacher-Berlin veröffentlicht das Zusammenbrechen der Opposition am Sonnabend.

Regien bittet auf Vorschlag des Vorsitzenden hat nicht Schriftführer zu wählen und davon drei. Sie an die Opposition abzutreten. Der Kongress beschließt: Die Wünsche der Opposition entsprechend, wird die Zahl der Mitglieder der Mandatprüfungskommission auf fünfzehn festgesetzt.

Von dem österreichischen Gewerkschaftsbund ist noch Domagala erschienen. Karos-Christiana bringt dem Kongress in seiner Heimatsprovinz die herzlichsten und freundschaftlichsten Grüße der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften. Der Achtundzestag ist in Norwegen in allen Tarifverträgen festgesetzt. Ebenso erhält jeder Arbeiter eine Woche Ferien unter Beachtung des Lohnes.

Katers-Unterham: An derselben Zeit sind die niederländischen Gewerkschaften auf dem Kongress der englischen Gewerkschaften vertreten. Das zeigt die zunehmende Stellung, welche die holländischen Gewerkschaften wägen der großen Menschenmengen eingenommen haben. Die Arbeiter müssen sich wieder zusammenschließen. Die internationale Solidarität wird die vom Kapitalismus und Imperialismus errichteten Mauern übersteigen. Die neue Internationale muß härter sein als die alte, und fähiger werden, die Interessen der Arbeiter aller Länder zu wahren. Mit größter Freude konnten wir in Holland feststellen, daß unter den englischen, französischen und italienischen Arbeitern eine starke Bewegung gegen den Gewaltfrieden einsetzt worden ist, der angelündigt war als ein Friedensfrieden. (Sturm, Weisfall.)

Von holländischem Weisfall begrüßt, ergriff Graulich-Berlin das Wort. Er überbringt an Stelle Dürrs, der noch nicht eingetroffen ist, im Namen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes die herzlichsten Grüße. Als wir vor 51 Jahren hier in Nürnberg unter dem unvergesslichen Wilhelm Liebknecht tagten, hatten wir keine Ahnung, welche Schwierigkeiten noch beiseite zu räumen wären, um zur Sozialisierung zu kommen. Die Entwicklung hat jetzt eine Stufe erklommen, von der sie nicht wieder zurückgehen werden kann. Neues Gewaltiges steht bevor. Die Jungen können sich nicht mit den alten Formen begnügen. Sie wollen ein schnelleres Tempo. Freunde, wir waren auch so in unserer Jugend. Ohne das Feuer der Jugend hätten wir nicht erreicht, was heute ist. Es ist schauerlich, daß die Sozialisten Deutschlands in dieser Stunde gespalten sind. (Sturm, Weisfall.) Aber noch entscheidender wäre es, wenn die Gewerkschaften gespalten wären. (Sturm, Weisfall.) Freunde, hört die Mahnung eines alten Pioniers der Arbeiterklasse. Seid einig, gebet der Aufgabe, die noch vor uns liegt, daß die Gewerkschaften noch lange nötig sind, bis sie das Land des Sozialismus erobert haben. (Sturm, langanhaltender Weisfall.)

Grünwald-Wien als Vertreter der Gewerkschaftskommission Österreichs bezeichnet die Arbeitervereinigungen mit Deutschland als einen Traum der Arbeiterklasse Österreichs.

Vor. Leipart dankt allen Gästen, besonders den ausländischen Genossen, und bebauert, daß nicht auch schon französische und englische Arbeitervereinigungen zugegen sind.

Zur Festsetzung der Geschäftsordnung verlangt Richard Müller-Berlin, daß abwechselnd ein Redner für und einer gegen die vom Versammlungsdirektor bezeichneten Ansetzungen das Wort erhalte. Täuschen wir uns nicht über die bestehenden Zustände hinweg. Wir sind uns nicht einig. Die Ansichten gehen weit auseinander. Aber wir müssen uns durch die Aussprache näher kommen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

Vor. Leipart: Auch die oppositionell gestimmten Genossen müssen zu Wort kommen. Aber wir können nicht bei jedem Punkt einen scharfen Streich ziehen, wer zur Opposition gehört und wer nicht. Der Antrag Müller wird hierauf abgelehnt.

Schumacher-Berlin: Erhebliche Teile des Berichts werden von uns nicht beanstandet werden. Wohl aber seien unsere Einwendungen ein bei dem Abschluß, der die

Kriegspolitik der Gewerkschaften

Betrifft und Hergu schlagen wir Dismann-Stranfurt als Referenten vor.

Zur Festsetzung der Tagesordnung liegen eine Reihe von Anträgen vor, das Räte-system zu besprechen.

Richard Müller verlangt, daß die beiden Punkte Arbeitsgemeinschaft und Betriebsräte zusammengelegt werden, da sie beide die künftige Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften betreffen. Das sei der wichtigste Punkt der Tagesordnung. Dabei sei auch die Politik des Reichswirtschaftsministeriums zu behandeln.

Der Antrag Müller wird mit 200 gegen 205 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, auch zu den Punkten Arbeitsgemeinschaft und Betriebsarbeiterdelegationen Referenten zu bestellen. Die Opposition verlangt Referenten auch zur Frage der Sozialisierung und der landwirtschaftlichen Siedlung. Dagegen mündet sich G. H. Berlin. Schumacher-Berlin erklärt, daß gerade bei diesen Punkten sich die Geister noch mehr kühlen als bei den anderen.

Dismann-Stranfurt (Main): Die Frage der Sozialisierung steht im Mittelpunkt der revolutionären Bewegung. Dazu müssen Vertreter der Unabhängigen und der kommunistischen Partei das Wort erhalten. (Eifriger Widerspruch: Wie sind hier keine Parteiversammlung!) Es ist jedoch zweifellos, um die Sache herumzureden, jedermann weiß, daß die kritischen Fragen eng mit der Parteizugehörigkeit zusammenhängen. Auch Simon-Nürnberg tritt dafür ein, daß die drei Mahnungen zu Wort kommen.

Von der Opposition werden Dr. Rudolf Hilferding und G. H. Berlin als Referenten vorgeschlagen. Vor. Leipart bittet schließlich, den Wünschen der Opposition Rechnung zu tragen; es liege vielleicht im Interesse des Kongresses, dementsprechend soll verfahren werden.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung verlas Vorsitzender Leipart folgendes Beurlaubungs-Telegramm:

Den Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands wünschen besten Erfolgs. Die Beschlüsse des Kongresses werden nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze deutsche Volk von weittragender Bedeutung sein. Die Gewerkschaften sind für die Erholung unserer Wirtschaft unentbehrlich. Die in den gewerkschaftlichen Organisationen gesammelten Erfahrungen dürfen nicht verloren gehen. Die im Wirtschaftskampfe geschaffenen Kräfte müssen in dieser schwersten Zeit des deutschen Kampfes die Führungen übernehmen, wenn weiterer Unheil vermieden werden soll. Mit Gewerkschaftsgruß, Fieri, Bauer, Schilde, Weisfall.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von der Opposition der Antrag gestellt, sich mit dem

Rolle des Streikrechts

Schumacher-Berlin erklärt, daß die Resolution der Gewerkschaftsverbände nicht die Antwort sei, die einem Räte-system gebühre. (Sehr richtig und Unruhe.) Die Opposition habe einen schärferen Antrag eingebracht. — Vor. Leipart: Den Antrag können wir erst verhandeln, wenn er gedruckt vorliegt. — Unter Widerspruch und Lärm lehnt der Kongress den Antrag ab.

Hierauf erstattet Regien den Tätigkeitsbericht der General-Kommission: Die Tätigkeit der General-Kommission darf nicht von politischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Wenn wir von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aussehen und die Verhältnisse berücksichtigen, die für die Beschlüsse und Handlungen der G. K. maßgebend waren, werden wir zu dem richtigen Urteil kommen, daß sie gemäß den tatsächlichen Umständen richtig gehandelt hat. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Bei Kriegsandrang mußte die General-Kommission ihre Maßnahmen danach treffen, daß die Gewerkschaften vor dem Zusammenbruch geschützt wurden. Darüber hatte die Reichsdelegation am 2. August

1914 zu beraten; denn man fürchtete, daß die Gewerkschaften bei Kriegsandrang aufgelöst würden. Nun wird das Märchen heraufgetragen, daß die Konferenz den Zweck gehabt hätte, die Kriegspolitik zu unterstützen. Die General-Kommission hat während der ganzen fünf Kriegsjahre ihre Politik auf den Schutz der Arbeiterklasse eingestellt, auf weiter nichts. Wohl hat sie mit der Regierung verhandelt, aber sie hat kein Gesetz durchgehen lassen, das der Arbeiterklasse schädlich war, ohne Protest zu erheben, und manches ist durch ihre Verhandlungen mit der bürgerlichen Regierung verhindert worden. (Sehr wahr!) So ist auch der Räte-system Ertrag zu betrachten. So gut er unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gemeint war, so wenig konnten wir ihn durchgehen lassen, als etwas, was geeignet ist, die Arbeiterklasse zu schädigen. Was wir einer bürgerlichen Regierung gegenüber geltend machen, können wir auch einer Regierung mit durchgehen lassen, die größtenteils aus Sozialisten besteht. Das soll durchaus kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung sein. Wir sehen wohl ein, daß die Regierung die Aufgabe hat, das äußerste Mißverhältnis von Deutschland und der Arbeiterklasse fernzuhalten. Und das größte Mißverhältnis besteht darin, wenn die Verkehrsmittel stillstehen und keine Nahrungsmittel mehr in die Städte kämen. (Stürmischer Weisfall.)

In der ersten Sitzung war die Landesverteidigung selbstverständlich. Die General-Kommission als solche hat sich niemals damit beschäftigt. (Zuruf: Raus!) Die führenden Gewerkschaftler standen allerdings ausnahmslos auf dem Boden der Landesverteidigung, weil sie das Land nicht schuplos den Feinden preisgeben, die Kriegsgenossen nicht wochenlang lassen und ihre Angehörigen nicht verhungern lassen wollten. (Zuruf: Das letzte Glied ist eure Schuld!) Die jetzt über den Verrat der Gewerkschaftsführer schreiben, sind die früher Indifferenten, die den Kapitalismus großzügig gelassen haben. (Weisfall und Widerspruch.) Unrecht ist die Behauptung der Gewerkschaftsbeamten. Treu gediente Genossen würden nicht so leicht in die Irre geführt werden. (Zuruf: Volkspolizei! Großer Lärm.) Früher erhob sich die ganze Arbeiterklasse gegen solche Behauptungen, und viele Kreise des Bürgerturns hätten ihr zu Hilfe kommen müssen, daß die Behauptungen organisiert werden. (Zuruf: Die Dinaras-Murk von Beamten zustimmt, deren Lebensarbeit für die Organisation war. (Minutenlanges stürmischer Weisfall.) Dabei erfolgt die Fragestellung in der Besprechung: Was ist das, damit ich mich sehe. (Zuruf: Darauf kommt es Ihnen an!) Überall, wo die gewerkschaftliche Tätigkeit der Beamten nachspricht worden ist, hat man sie gebilligt. Trotzdem sind sie gemahnt worden, brutaler als vom brutalsten Unterhändler. (Sehr wahr!) Viele Taktik der General-Kommission haben wahrheitsgemäß ihren Namen eben erst zum ersten Male gehört. Die

Politische Berlin des Metallarbeiterverbandes

hat der General-Kommission ihre diese Verachtung ausgesprochen, weil sie zusammen mit Ludendorff an Deutschlands Unglück schuld ist. (Gelächter. — Zurufe: an den Galgen!) Mit dieser Beweisaufnahme kann man die General-Kommission selbst für den Streik der Zimmerer beim Bau der Arche Noah verantwortlich machen. (Heiterkeit.) Umgekehrt liegen die Dinge. Das gegenwärtige Unglück Deutschlands ist hervorgerufen durch diejenigen, die die Einigkeit der Arbeiterklasse gesprengt haben. (Sturm, Weisfall und langanhaltender Widerspruch.) Durch diese Verletzung der Einheit in der Arbeiterklasse der Arbeiterklasse gebrochen und der Gewalttätigkeit herbeigeführt worden. Jetzt kämpfen wir gegen den Versuch, diese Verletzung auch in die Gewerkschaften hineinzutragen. (Sturm, Weisfall.) Wenn an der politischen Tendenz der Angriffe noch ein Zweifel bestand, so haben ihn die Sonderkonferenzen der Opposition beseitigt. (Zuruf: Heute Abend vernehmen wir uns wieder!) Weil wir nicht die Politik der U. S. V. und A. P. D. machen, deshalb sollen wir bestraft werden. (Sehr wahr!) Gegen die Zerstörung auch der Gewerkschaften werden wir uns mit allen Mitteln wehren. (Zuruf: Raus! — Lärm.) Die General-Kommission wird die Einheit im Interesse der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, wie sie in den ganzen letzten fünf Jahren nur im Interesse der Arbeiterklasse geschäftigt hat. (Sturm, anhaltender Weisfall und großer Lärm.) Vor. Leipart fordert von dem Delegierten Lange, der den Zwischenruf Volkspolizei gemacht hat, daß er die Beweise für seine Behauptung dem Kongress vorlegt.

Sodann erhält mit unbeschränkter Redezeit als Wortführer der Opposition Dismann das Wort, um gegen die Kriegspolitik der General-Kommission zu sprechen: Nicht die Opposition, die General-Kommission hat der Gewerkschaftspolitik den Parteistempel aufgedrückt. Sie hat sich mit Jähnen und Klauen festgeklemmt an die verderbliche Politik der Scheidemann und Genossen. Sie hat am 4. August der Arbeiterklasse zugerufen: Rechts schwenkt marsch! Sie hat der

Schiedsgerichtsvorlage des Hilsdienstgesetzes

zugestimmt. Sie hat den schwanfenden Thron durch Stellung von Ergänzungen für die Regierung des Feindes Reg zu rücken gesucht. Sie hat den Burgfrieden proklamiert und ist mit jeder Regierung durch die dünn marschieren. (Lachen und Widerspruch.) Ob Ihnen das paßt, ist mir gleichgültig, ich rede zum Gesamtproletariat. (Sturm, Weisfall links.) Sie hat gebuddelt, daß die Kriegsgesetze Deutschland ins Unglück stürzten, daß Wucherer und Schleichhändler dem Volk das Fell über die Ohren zogen. (Weisfall links.) Ob die Genossen heute noch für die Aufrechterhaltung der General-Kommission danken werden, Kriegsanleihe zu zeichnen, ist zweifelhaft. (Zuruf: Leipziger Volksgesung!) Wir haben es hier mit der Politik der General-Kommission zu tun. (Weisfall links.) Die General-Kommission ist an der langen Dauer des Krieges mitschuldig. Aus dem jüngsten Noke-Ertrag sieht ganz der alte reaktionäre Geist. (Eifriger Widerspruch.) Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder wird ihre politische Interessentretzung binnen kurzem nur in der Unabhängigen Sozialdemokratie erblicken. (Sturm, Weisfall links.) Diese Entwicklung steht man vor Augen. (Zuruf: Jetzt fucht man nicht!) Wenn wir hier auch die Minderheit sind, im Grunde sind wir die Mehrheit. (Gelächter und heftiger Widerspruch.)

Wir müssen eine neue revolutionäre Politik verlangen. Nicht die revolutionären Sozialisten, sondern die Verfolger am Sozialismus sind Schuld an der Parteizersplitterung. — Zum Schluß verleiht der Redner die Beamteneinfassungen. Jede Organisation könne sich frei wählen, wenn sie Vertrauen schenken wolle. (Eifrige Zurufe.) Wo war denn das Mitleid beim Raub der Partei-

zeitungen. Die Pariser Heusen jetzt, wo es Ihnen an den Krügen geht, während sie früher frohlockten. (Weisfall und heftiger Widerspruch.) Die Männer der General-Kommission können niemals mehr unsere Vertrauensleute sein. Wir haben nicht das Bestreben, die Gewerkschaften zu spalten (Widerspruch), aber wir wollen an die Stelle des alten verknöcherten bürokratischen Geistes den modernen revolutionären Geist setzen. Das werden wir erreichen, aber nicht mit Ihnen, sondern mit der breiten Masse. (Stürmischer Weisfall links.)

Die Weiterverhandlungen werden auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

10. Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Nürnberg

Auf dem Verbandstag waren 80 Delegierte vertreten. Geleitet wurde er vom Vorsitzenden Urban (Berlin) und Grau (Nürnberg). Dem Antrag Berlin, das Räte-system als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde in der Weise entsprochen, daß diese Frage bei einem besonderen Punkt der Tagesordnung durch Lange (Berlin) mitbehandelt werden sollte.

Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden Urban (Berlin) erstattet. Der Referent gab ein anschauliches Bild von den Wirklungen des Krieges. Wenn auch während des Burgfriedens Aufhebungen im allgemeinen abgedrückt wurden, so habe die Organisation sich doch erfolgreich der Angestellten angenommen. Urban weist den Vorwurf zurück, als hätte die General-Kommission das Hilsdienstgesetz „genau“. Wenn diesem Gesetz schließlich zugestimmt worden sei, so sei dies auf Beschluß einer Konferenz geschehen und zu dem Zweck, dieses Gesetz wenigstens mit Schutzbestimmungen für die Angestellten zu versehen.

In sozialpolitischer Beziehung habe der Verband verbessernd auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Stellennachweise, der Sonntagsruhe, des früheren Lebenslaufes usw. gewirkt. Gefordert wurde ferner stets die Abschaffung der Konkurrenztafel, die Schaffung von Arbeitskammern, Verbesserung der Kaufmannsgerichte. Bezüglich des Bundes für Freiheit und Vaterland betonte er, daß sich der Zentralverband der H. entgegen der General-Kommission gegen einen Anschlag ausgesprochen habe.

Urban ersuchte die Delegierten, den Bericht nicht von politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, sondern in der Hauptsache vom Standpunkt der Gewerkschaft.

Ueber die Verhandlungsjahresberichte berichtete Redakteur Paul Lange. Die Referat, die zu Beginn des Krieges einsetzte, erfuhr eine außerordentliche, bis jetzt im Interesse der Angestellten so zu führen, wie es wünschenswert gewesen. Er zeigte an Beispielen, wie rigoros die Referat vorgegangen sei. Der wahre Sinn des Burgfriedens sei der gewesen, den Angestellten zu zeigen, daß sie im Interesse des „Sie-es“ auf die Anwendung von Kampfmitteln verzichten müssen, während das Unternehmertum riesige Gewinne machte.

Lange verurteilte entschieden das Hilsdienstgesetz und bezeichnet die erwähnte Sitzung als eine politische Feiertagskomödie. Die Annahme, daß seine Ehre durch die Agitation geschadet habe, wehrte Lange mit aller Entschiedenheit ab.

In der Diskussion sprach Siebel-Berlin als Vertreter des Bureauangestelltenverbandes über die Verschärfung und verlangte u. a. sichere Gewähr gegen parteipolitische Umtriebe. Den Hauptinhalt der Rede Siebels bilden Angriffe gegen den Verbandreferenten.

Dr. Volkrecht vom Verband der Versicherungsangestellten äußerte sich über den Stand der Verschärfungsfrage. In der Referat ist den Sozialismus zu verwirklichen, aber dabei müsse uns jeder willkommen sein, ob er nun dieses Ziel durch Revolution oder Evolution erreichen wolle.

Die Ausführungen der Diskussionsredner beschäftigten sich im wesentlichen mit der Gewerkschaftspolitik. Die Redaktion der Verhandlungsjahresberichte wurde zum Teil wegen ihres Eintretens für eine politische Richtung angegriffen, während ihr auf der anderen Seite warme Verteidiger erstanden. Auch gegen die Politik der General-Kommission wurden scharfe Angriffe gerichtet.

Im Schlußwort legte Lange-Berlin nochmals seinen grundsätzlichen Standpunkt gegenüber der Kriegspolitik der General-Kommission eingehend dar.

Die Differenzen zwischen Urban und Lange werden durch eine Erklärung geschlichtet, in der sich beide verpflichten, weiter zusammenzuarbeiten.

Die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wurden zum Teil durch Uebereinkunft an den Vorstand erledigt.

Die Politik der General-Kommission fand nicht die Zustimmung des Verbandstages. In namentlicher Abstimmung wurde mit 50 gegen 27 Stimmen und einer Stimmenthaltung folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag beurteilt die von der General-Kommission der Gewerkschaften während des Krieges eingeschlagene Politik, die ihre Fortsetzung nach der Revolution in den getätigten allgemeinen Arbeitsgemeinschaften findet, und verwirft aus insbesondere die Haltung der General-Kommission zu der Frage der Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte.“

Die Wahlen zum Hauptvorstand brachten folgendes Ergebnis: Zum 1. Vor. Urban Berlin einstimmig, Kassierer Wucher-Berlin einstimmig, Verbandsreferent H. Berlin einstimmig, Lagerhalter-Sektion Döhl einstimmig, Versicherungsreferent Dr. Volkrecht einstimmig, Redakteur Paul Lange-Berlin einstimmig. Zum Gewerkschaftskongress werden 28 Delegierte entsandt.

Darauf referierte Paul Lange über: „Die Lohnfrage, die Neuordnung des Arbeitsrechtes und des Räte-system.“

Ein Antrag, das Referat drucken zu lassen und in Massen zu verteilen, wird angenommen.

In einem zweiten Antrag wurde das Mitbestimmungsrecht der Angestellten gefordert.

10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

Im „Bürgermuseum“ zu Stuttgart fand in der letzten Woche der 10. Verbandstag der deutschen Transport- und Verkehrsarbeiter statt, zu dem 250 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Als Gäste waren anwesend Rischer-Euttgart als Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Schefel-Berlin für die deutschen Eisenbahner. Die ständige Delegation der Reichsdeutschen Eisenbahner war ebenfalls anwesend. Den Geschäftsbericht über die letzten fünf Jahre gab der Verbandsvorsitzende Schumann in fast beschleunigtem Vortrage. Die Zahl der Mitglieder schrumpfte infolge des unglückseligen Weltkrieges von 230 000 auf 88 000 zusammen. Von den 148 000 Ausgeschiedenen fehlten 17 000 nicht wieder heim. Heute zählt die Organisation 400 000 Mitglieder, darunter 17 000 Frauen. Die Eisenbahner, die sich vom Verband trennen, haben auch bereits 350 000 Organisierte. Für das Luftverkehrspersonal wurde eine besondere Berufs-sektion gebildet. Sollte es gelingen, für alle im Postdienst Tätigen die Einheitsorganisation zu schaffen, dann soll verübt werden eine Arbeitsgemeinschaft der Transportarbeiter, Eisenbahner und Postbeamten zu bilden. Zu bestigen Ausritten kam es, als Schumann auf die Kriegspolitik zu reden kam. Wo er dabei auch auf das Verhalten und Verlangen der Nahrungsarbeiter einging, erregte er stürmischen Weisfall. Bedauerlich sei, daß sich die Gewerkschaften am 9. November haben auszusprechen

Ledebour
vor den Geschworenen
in
soeben erschienen
Preis 75 Pfennig
Bestellungen richten man an die
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. o. m. b. h., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

